

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementssatz pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Berichtsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röderstr. 18a part.
Telephonruf: Nr. 6800.

Insertionsgebühr pro jedesgepflanzte Kolonialzelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von

383800
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Montanriesen reden sich. Obwohl die Krise noch nicht weit ist und auch der Kriegsalarm dazu beiträgt, neue Unternehmungslust niederzuhalten, trat einer der Montankonzerns mit weitgehenden technischen Plänen und einem gewaltigen Kapitalbedarf hervor. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft wird ihr Aktienkapital um 26 Millionen Mark erhöhen und zugleich eine Anleihe im Betrage von 20 Millionen Mark aufzunehmen. Da die neuen Aktien etwa zum Kursie von 155 bis 160 zur Ausgabe gelangen werden, so steigen der Gesellschaft an neuen Mitteln circa 80 Millionen Mark zu. Im Jahre 1904 ist die Gelsenkirchener Gesellschaft durch die Ansiedelung des Schalker Grubens und Hüttenvereins und des Nachener Hüttenvereins Rote Erde aus einem reinen Kohlenwerk zu einem gemischten Betrieb und gleichzeitig mit einem Aktienkapital von 130 Millionen Mark zum zweitgrößten industriellen Unternehmen Deutschlands geworden. Inzwischen ist der Eisenhersteller der Gesellschaft erweitert worden und zum Abbau gelangt. Jetzt soll mit Erfahrungen das Ziel der gemischten Betriebe; die eigenen Rohmaterialien nach Möglichkeit vollständig selbst zu verarbeiten, gesetzt werden. In Esch und Deutsch-Oth sollen neue Hochofen- und Stahlwerke errichtet, die Betriebe in Rote Erde und Schwalbe zur Herstellung weiter verarbeiteter Erzeugnisse am Stelle von Halbzeug und groben Walzwaren ausgebaut werden. Diese Projekte haben bedeutendes Aussehen erregt. Unter den vielen Neuerungen über das Vorgehen des Gelsenkirchener Konzerns in der Industrie- und Handelspresse ist besonders ein Artikel in dem Handelsteil des Berliner Volks-Anzeigers beachtenswert, der in den Erweiterungsplänen eine neue und bedeutsame Gruppe jener Revolution im deutschen Eisen- und Stahlbau erblickt, die mit der ehemaligen Notwendigkeit eines Naturgesetzes vor sich geht. Wie in den 80er Jahren die Einführung des Gilchrist Thomas eine Umwidlung in der Stahlerzeugung veranlaßte, so bereite sich durch das neue elektrische Verfahren eine Revolution vor, die in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht die entscheidendsten Veränderungen zur Folge haben wird. Erst mit dem Thomasischen Verfahren wurde die Verwendung der phosphorreichen deutschen Erze möglich und die Konkurrenzfähigkeit Englands, das durch seine phosphorarmen Erze bis dahin ein natürliches Monopol besessen hatte, zugunsten Deutschlands herabgedrückt. Die völlig wertlosen hochphosphorhaltigen Minerale werden mit einem Schlag das hauptsächlichste Rohmaterial der heimischen Eisenindustrie. Sobald es sich aber um die Erzeugung hochwertiger Eisen- und Stahlqualitäten handelt, blieb man noch weiterhin auf die Verwendung der phosphorarmen spanischen und südfranzösischen Erze oder auf den Import von aus jenen Erzen hergestelltem Halbzeug angewiesen. Das elektrische Verfahren habe die ungeheure Bedeutung, daß auf die Verwendung ausländischer Erze und Halbzeugmengen völlig verzichtet werden kann. Durch die Einführung des elektrischen Induktionsofens, der sich an das Thomasische Verfahren unmittelbar anschließt, sei es gelungen, das aus der Rote Erde stammende Eisen von allen unerwünschten Beimengungen restlos zu befreien und ein Material herzustellen, das den besten im Ziegelverfahren oder Hartofen erzeugten Materialsqualitäten völlig gleichsteht, aber in Anlehnung an den billigen Thomasprozeß mit viel geringeren Selbstkosten erzeugt wird. Das durch den elektrischen Induktionsofen hindurchgegangene Produkt sei dem im gewöhnlichen Verfahren hergestellten so sehr überlegen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo alle Werke im Interesse der Konkurrenzfähigkeit einfach gezwingt sind, zu dem neuen System überzugehen. Der Berichterstatter hebt hervor, daß für die im elektrischen Verfahren hergestellten Eisenbahnschienen von den betreffenden Werken eine Garantie auf 15 Jahre gegeben wird, während sie für die nach dem üblichen System hergestellten Stäben nur 10 Jahre beträgt. Die um die Hälfte verlängerte Lebensdauer einer Schiene bedeute selbstverständlich auch die Herabsetzung der Kosten auf die Hälfte. Damit sei aber die revolutionierende Wirkung des erwähnten Verfahrens nicht erschöpft, vielleicht noch bedeutungsvoller erscheine in wirtschaftlicher Hinsicht der Umstand, daß im Zusammenhang mit dem elektrischen Verfahren das Gewicht der deutschen Roheisenproduktion allmählich von Rheinland-Westfalen nach Luxemburg-Lotringen und ins Saarrevier verschoben wird. Durch das neue Verfahren ist, wie schon erwähnt, das früher fast wertlose Minette-Eisen aus Luxemburg in die erste Reihe der Qualitätsërze gerückt, die Lagerung und Gewinnung dieser Erze ist so beschaffen, daß die Werke, denen sie vor der Erzeugung, einen nicht hoch genug zu veranschlagenden Vorsprung vor den auf das Ausland angewiesenen rheinisch-westfälischen Werken genießen. Was die leichten bisher noch voraus haben, ist die leichtere Errichtbarkeit des anderen Rohmaterials der Eisenproduktion, nämlich der Kohle. Bis vor nicht langer Zeit galt unter den Theoretikern der Montanwissenschaft der Satz, daß das Erz zur Kohle reist, nicht umgekehrt. Mit der durch den elektrischen Strom veränderten Produktionsbasis dürfte sich diese Theorie ebenfalls eine Modifikation gefallen lassen müssen. Alles dies

ist längst nicht mehr graue Theorie, sondern seit mehreren Jahren praktisch und mit bestem Gelingen durchgeführt.

Vollzieht sich die hier gezeichnete Entwicklung, so würde die Umnutzung in der Eisenindustrie nicht nur die Verschiebung des Schwergewichts der deutschen Roheisenproduktion von Rheinland-Westfalen nach Luxemburg-Lotringen und dem Saarrevier bewirken, auch in Süddeutschland ergeben sich neue Entwicklungsmöglichkeiten für eine Eisenindustrie, da elektrische Kraft billig in großen Mengen zu schaffen ist und nach Berichten von Stahl und Eisen dort größere geeignete Eisenlager gefunden wurden.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft hat zugleich ihren Abschluß für 1908 veröffentlicht, der einen Rohgewinn von 24,14 Millionen gegen 32,27 Millionen im Vorjahr ausweist. Nach Abschreibungen und Reservestellungen von 11,7 Millionen gegen 15,6 im Vorjahr wird eine Dividende von 9 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahr zur Verteilung gelangen. Die Bergbau-Aktiengesellschaft Bönnigheim ist bekannt, daß für das erste Semester des Geschäftsjahrs 1908/09 der Bruttogewinn circa 5 Millionen niedriger sei als in der Parallelzeit 1907/08. In Verbindung mit den Projekten von Gelsenkirchen steht auch der Austritt des rheinischen Großindustriellen Thyssen aus dem Aussichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft. Da Thyssen ähnlich auch aus dem Aussichtsrat von "Böhning" ausgeschieden ist, so ist man geneigt, der Mutterung Gläubern zu schenken, daß Thyssen die Gewerkschaft "Deutscher Kaiser", die seinem maßgebenden Einfluß untersteht, gleichfalls zu einem großen Eisenwerksgesamtkonzern ausschnüren will.

Dem Ausdehnungsdrang der großen gemischten Betriebe ist wieder ein reines Walzwerk zum Opfer gefallen. Das Walzwerk Philipp Weber in Dortmund, das seit den 80er Jahren bestand, ist abgelegt worden. Noch vor wenigen Wochen war in der Generalversammlung des Eisenwerkes Rote Erde berichtet worden, daß das Weber-Werk sich zur Abnahme eines großen Teiles der Produktion des von Rote Erde zu erbagenden Stahlwerks verpflichtet hat. Das Walzwerk Weber in Dortmund beschäftigte noch 220 Arbeiter.

Über die Geschäftslage der deutschen Maschinenfabriken hat in der Generalversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten Baurat Dr. A. v. Kieppel (München) Bericht erstattet. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Maschinenindustrie bietet auch nach diesen Feststellungen ein recht unerfreuliches Bild. Die Beschäftigung hat infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Rückgangs fast überall abgenommen und die Preise sind gesunken, vielfach unter die Selbstkosten. Dieser Rückgang wird noch den weiteren Ausführungen um so schwerer empfunden werden, als die Maschinenindustrie im Jahre 1895 von allen Erwerbstätigen im Deutschen Reich 2,33 Prozent beschäftigt hat, im Jahre 1907 dagegen 4,28 Prozent. Wird dabei berücksichtigt, daß gleichzeitig die absolute Zahl der Erwerbstätigen in dem genannten Zeitraum um etwa 20 Prozent gewachsen ist, so ergibt sich mehr als eine Verdoppelung der in dieser Gruppe beschäftigten Personen. Außerdem hat die Leistungsfähigkeit der Maschinenindustrie infolge Verbesserungen in den Errichtungen zugewonnen, ferner ist die Lohnhöhe und demgemäß auch der Wert der Erzeugung gestiegen. Der Kartellierung in der Maschinenindustrie steht die große Zahl der Maschinenfabriken und die Mängelfähigkeit ihrer Erzeugnisse entgegen. Als Voraussetzung erscheint eine größere Spezialisierung sowohl wie der Weltmarkt im einzelnen Halle zu mildern. Die Spezialisierung ist auch erwünscht, um eine größere Wirtschaftlichkeit des Maschinenbaus zu erreichen. Wenn durch größere Arbeitsteilung und Spezialisierung die Erträge der Maschinenindustrie gehoben werden, dann werden auch die übrigen Gewinne überwunden, die der Maschinenindustrie in den kommenden Jahren noch mehr als bisher entgegentreten werden. Von den Verbesserungen des Vereins wird für die Zukunft eine Erleichterung der Kartellierung erwartet. Die Schwierigkeiten, die im Maschinenbau der Kartellierung entgegenstehen, scheinen uns in dieser Darstellung übertrieben; bis in die jüngste Zeit hinein haben die Faktoren der Maschinenindustrie sich in einem immer schnelleren Tempo vollzogen. Die großen Maschinenfabriken messen diese Entwicklung mit den in den Hütten- und Kohlenindustrie und wollen einen noch lebhafteren Fusion- und Kartellierungslauf, was sie aber nicht abschaffen wird, demnächst wieder zu erklären, daß die böse Sozialdemokratie die kleinen Betriebe und den Mittelstand planmäßig vernichte. Als neueste Fusion ist die Vereinigung der Deutschen Babcock- und Wilson-Gussstoffssele-Werke mit den Oberschlesischen Kesselwerken B. Reyer, G. m. b. H. zu Gleiwitz zu verzeichnen. Die Oberschlesischen Kesselwerke befinden sich im Besitz der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft, die sämtliche Gesellschaftereien den Babcock-Werken abtritt. Die Konkurrenz zwischen diesen beiden bedeutenden Wasserrohrkesselfabriken soll ausgeschaltet werden, andererseits will sich die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft einen namhaften Teil des bedeutenden Rohr- u. Bedarfs der Babcock-Werke übernehmen. Die Babcock- und Wilson-Gesellschaft werden von einer gleichlautenden englischen Gesellschaft im Jahre 1898 in Oberhausen gegründet. Die Schmelzerei, die zu den Kesselwerken B. Reyer gehört, geht an die Aktiengesellschaft Ferrum zur Raffinerie über.

Von einem der stärksten Kartelle in der Maschinenbau-Industrie, dem Lokomotivenkartell, berichtet, daß es am 31. März ds. Jz. der Auflösung verfallen dürfte, da sich bei den Erneuerungsverhandlungen große Schwierigkeiten ergeben hätten. Ernstlich kommt die Möglichkeit einer Auflösung aber kaum in Betracht, bedeutend Mitglieder des Kartells haben angeblich für ihre weitere Zugehörigkeit den Eintritt der bisher auftretenden Werke.

in das Kartell zur Bebindung gestellt. Auch wenn dieses Ziel nicht ganz erreicht wird, werden sie sich wohl aufreihen geben, denn einen Preissturm werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach jetzt nicht hinausziehen wollen. Am 12. März hat das Eisenbahn-Zentralamt in Berlin weitere 650 Lokomotiven verschiedener Gattung mit Lieferzeit bis 31. März 1910 in Bestellung gegeben. Auch französische Eisenbahnsgesellschaften haben längst wieder bei der deutschen Industrie 22 Lokomotiven bestellt.

In der Kabelindustrie ist die Vereinigung der Süddeutschen Kabelwerke in Mannheim mit dem Heidenheimer Kupferwerk vollzogen worden. Durch die Fusion sollte eine Konkurrenz verhindert werden, da das Heidenheimer Werk eine eigene Kabelfabrik und das Mannheimer Unternehmen ein eigenes Walzwerk und eine eigene Drahtseilerei anlagen wollten. Heidenheim ist übrigens an dem Kupferwerk "Deutschland" in Oberbönenweiler bei Berlin beteiligt, das zum Kongern der A. C. G. gehört. — "Deutschland" verteilt eine Dividende von 8 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr, die Dividende bei den Süddeutschen Kabelwerken in Rummelsburg beträgt wieder 6 Prozent, die Dividende bei dem Kabelwerk Metten, wie für das Vorjahr, 17 Prozent.

Nach den schweren Wunden, die die Krise der Vergleichs-Märkte in Kleinereisen und Stahlindustrie geschlagen hat, macht sich jetzt eine Beunruhigung über den geplanten französischen Zolltarif besonders stark geltend. Der Tarif sieht für Ausfuhrprodukte, um denen Berg und Mark in erster Linie beteiligt sind, erhebliche Zoll erhöhungen vor. Werkzeuge im Stückgewicht von weniger als 3 Kilogramm sollen in Zukunft mit 60 Franken per 100 Kilogramm belastet werden, statt wie bisher mit 22 Franken. Es handelt sich dabei um Gablen, Jangen, Bohrer, Schraubhöcke, Hämmer etc. Die Bedeutung des Tarifs ergibt sich nach einem Bericht der Postlichen Zeitung zum Beispiel daraus, daß 31 an dem französischen Ausfuhrhafen interessierte Firmen aus Remscheid und Umgegend im letzten Jahr für 2½ Millionen Mark Werkzeuge und Schlüssel exportiert haben.

Zahlreiche Unternehmen haben ihre Abschlüsse und Berichte für das verflossene Geschäftsjahr veröffentlicht. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben eine Steigerung des Bruttogewinns von 6,31 auf 6,85 Millionen Mark erzielt, nach Abschreibungen von 1,52 Millionen (im Vorjahr 1,53) verbleibt ein Bruttoeinkommen von 3,78 Millionen (im Vorjahr 3,76), die Dividende beträgt wieder 20 Prozent. Die Arbeiterzahl betrug durchschnittlich 4400 gegen 5182 im Vorjahr. Neben die Waffenfabrik im Martiniviertel wird berichtet, daß außer dem Automobilbau, zu seilen, in den letzten Monaten sei eine Wiederbelebung des Geschäfts eingetreten. Die Fabrik in Karlsruhe war in der Geschützhülsen-Abteilung beständig beschäftigt, während die Bestellungen für Infanteriemunition zu wünschen übrig ließen. Gegen Ende des Jahres kam jedoch von einer auswärtigen Regierung ein großer Auftrag auf Gewehrpatronen, dem sich trotzdem noch weitere größere Aufträge von anderen Überseestaaten angezöggen haben. Die Waffenfabrik Mauser in Überndorf, deren gesamtes Aktienkapital sich im Besitz der Gesellschaft befindet, verfüllt nach dem Bericht für 1908 keine Dividende. Dieser Abschluß soll einmal auf den allgemeinen schwachen Geschäftsgang zurückzuführen sein, dann aber auch darauf, daß die Gesellschaft einen großen Auftrag der deutschen Regierung, durch den sie zwei Jahre lang beschäftigt worden war, im Jahre 1907 erledigt hat. — Die Aktiengesellschaft Ludwig Löw (Berlin) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres kam jedoch von einer auswärtigen Regierung ein großer Auftrag auf Gewehrpatronen, dem sich trotzdem noch weitere größere Aufträge von anderen Überseestaaten angezöggen haben. Die Waffenfabrik Mauser in Überndorf, deren gesamtes Aktienkapital sich im Besitz der Gesellschaft befindet, verfüllt nach dem Bericht für 1908 keine Dividende. Dieser Abschluß soll einmal auf den allgemeinen schwachen Geschäftsgang zurückzuführen sein, dann aber auch darauf, daß die Gesellschaft einen großen Auftrag der deutschen Regierung, durch den sie zwei Jahre lang beschäftigt worden war, im Jahre 1907 erledigt hat. — Die Aktiengesellschaft Ludwig Löw (Berlin) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten des Jahres 1909 anlangt, so erlaubten, wie die Verwaltung bemerkte, die bisherigen Erfahrungen noch nicht die Hoffnung, daß es sich besser gestalten wird. — Die Breslauer Wagenbau-Aktiengesellschaft (Völker) berichtet, daß der Abschluß eine Verminderung erfuhr; in diesem Jahr werden aber nicht angegeben. Nach Abschreibungen von 824 000 M. gegen 866 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Bruttoeinkommen von 1,342 Millionen gegen 1,349 Millionen im Vorjahr. Die Dividende beträgt wiederum 16 Prozent. Der Bericht gibt an, daß bis Mitte Juni mit voller Arbeitszeit behufs Komplettierung der Lagerbestände weitergearbeitet wurde, obwohl die Aufträge nachliegen. Mitte Juni wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, um möglichst wenig Entnahmen vorzunehmen. Gegen Ende des Jahres konnte die Gesellschaft in einigen Abteilungen wieder auf die normale Arbeitszeit zurückkehren. Was die Aussichten

vorm. L. H. Stöckel, Metallengesellschaft in Geisen (Baustoff) zahlt 11 Prozent gegen 10 Prozent für 1907. — Die Maschinenbauanstalt G. Wauch in Darmstadt bringt auf die Vorgussgäste wiederum 4½ Prozent zur Verteilung, die Stammaktien, die im vorherigen Jahre 3 Prozent erhalten, erhalten dieses Dividendenlos. — Die Metallengesellschaft für Metallindustrie in Orléans hat, obwohl auch sie nach Angabe im Geschäftsbuch im zweiten Halbjahr 1908 von der schlechten Konjunktur betroffen wurde, eine Stagnation des Gewinns erzielt. Nach erhöhten Ausschüttungen kommt wieder eine Dividende von 27 Prozent zur Verteilung. — Die Metallbau- und -verarbeitung A. G. in Finsterwalde verteilt eine Dividende von 12 Prozent gegen 14 im Vorjahr. — Die Metallengesellschaft für Metallbau in Schalke wird 12 Prozent gegen 14 Prozent im Vorjahr verteilen. — Die Metallwerke U. C. vorm. Budau & Steffen in Hamburg bringen eine Dividende von 5 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahr in Vorschlag. — Über den Abschluß der Gesellschaft und Maschinenfabrik Joh. C. Leddenborg hatten wir in der letzten Rundschau bereits berichtet. Es ergab sich ein Reingewinn von 180614 M. gegen rund 227000 M. im Vorjahr. Die Verteilung einer Dividende in Höhe von 4 Prozent erfolgt jedoch, entgegen den früheren Meldungen, nicht; der Gewinn wird zur inneren Stärkung vorgetragen. — Die Bremer Vulkan-Gesellschaft und Maschinenfabrik, Metallgesellschaft, Bau und Maschinenfabrik, Altonaer Metallgesellschaft, erzielte einen Bruttogewinn von 318000 M. gegen 184 Millionen im Vorjahr. Nach Ausschreibungen von 286000 M. gegen 428000 im Vorjahr verbleibt ein Überschuß von 26000 M. gegen 844000 M. im Vorjahr; eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung. Das Vorjahr brachte 10 Prozent.

Die Steuerscheu der Reichen.

I.

Der alte Feudalismus und Absolutismus war beim Volle auch aus dem Grunde tief verhaft, weil die „Stände“, der Adel und die Geistlichkeit steuerfrei waren. Sie plünderten erst mit den Lehnten und den Steuern die Verbündeten, Bauern und Handwerker für ihre persönliche Bereicherung und sobald belasteten sie diese auch noch ausschließlich mit der Ausbringung der Mittel für Staat und Gemeinde. In der „christlichen Steuerfreiheit“, die unsere 24 deutschen Bundesstädte genießen, hat sich das empörende Priviliegium der Stände der Feudalzeit als unerfreuliches Erbe bis auf den heutigen Tag erhalten. Das Volk, dessen arme Mitglieder direkte und indirekte Steuern für die Erhaltung des Gemeinwesens zahlen müssen, macht sich über die ungünstigen Zustand seine eigenen Gedanken und befürchtet es die politische Macht, es würde heute noch die feudale Steuerfreiheit der glänzend bezahlten Herren, die mit dem modernen Staat unvereinbar ist, abholzen.

Der alte feudale Geist steht aber noch im ganzen Süntertum. Auskunfts des Volles bis aufs Blut zur arbeits- und milieulosen persönlichen Bereicherung und Abfuhrung aller öffentlichen Kosten auf dasselbe ausgebettet und ausgezogenes Volk ist das Ur und Urs der jüngsten Politik. Sie ist die moderne Praxis des überlebten Konservatismus, das nicht mehr als Begehrtes auf der Landfrage den reichen Grundbesitz überläßt und ausplündert wie ehemals und möglicherweise sogar manche der „eben Herren“ und „Gefallen der Nation“ ausgeplündert wurden. Dabei Jahren sie um so besser, denn ihre Steuerprivilegien und die großen Millionensummen umfassende Liebesgabenpolitik ist viel ergiebiger als ehemals der Strafenzettel war.

Sie Rambler- und Ambitionäre offenbaren die Führer und die mit ihnen verbündeten bürgerlichen Tugger wieder seit Monaten in der Frage der Reichsfinanzreform, die eine Erhöhung der Steuerlast um eine halbe Milliarde zum Zwecke hat. Sogar unfehlbar wäre eine andere Art der Steuerreform, nämlich die Abschaffung aller starken Einschränkungen der die Verbraucher drückenden industriellen Steuern und deren Erziehung durch direkte. Die Reichsregierung und mit ihr die Reichsminister will im Gegenteil die Last der den Volk schwer drückenden industriellen Steuern weiter vermehren und mit einem kleinen Teil der gesetzlichen neuen hohen Milliarde auf den Preis der direkten Steuer, und zwar in der Gestalt der Nachlafsteuer, aufbringen. Dieser Vorschlag hat uns das Rambler- und Ambitionäre gemacht und es wäre tragisch, keine bis auf die zweite Reichsfinanzreform zu verzögern, wenn es die einzige wäre. Diese Haltung der Führer ist einer rein materialistischen Praxis ist wieder einmal ein Schauspiel für die Sicherheit der materialistischen Geschichtsschreibung, und der in der Geschichte die wichtigsten Unterschiede der einzelnen wie der Stufen es sind, die die Entwicklung der Geschichte bestimmen.

Die Reichsregierung sollte 100 Millionen, also der zweiten Teil der halben Milliarde, aufbringen. Da die die verdeckte Schätzungsliste gegenwärtig nur 42 Millionen Mark abschreibt, so erfordere die Erhöhung als eine sofortige befristete. Würden dann doch Schätzungs- und Nachlafsteuer zusammen immer noch nur 142 Millionen Mark erbringen, während in England, das fast 20 Millionen weniger Einwohner hat als Deutschland, der Preis der Nachlafsteuer circa 400 Millionen Mark beträgt. Dabei hat England keine 300 und nur der deutsche Staat kann alle Einnahmen bis zu 3000 M. beitragen. Werking hat es im Jahre 1908 auf die Belastung des Hauses 267,5 Millionen und der Reichstag 261,2 Millionen Mark geschätzt. Derartiges ist natürlich, aber kein britisches Haushalt 528,8 Millionen industrieller Steuern in England gegen die 1000 Millionen Mark, die das Deutsche Reich zahlt — eine die beginnenden Einnahmen der Engländer und der Deutschen — und all den Zoll- und Schatzsteuern gegenüber hat und durch die eine flüssige Summe mit 30 M. befreit ist.

In der Rambler gegen die Reichsregierung in der Geschichte hat der materialistische Staat erzeigt und mit den entsprechenden demagogischen Erfolgsergebnissen, wie „Verkürzung des gesamtwirtschaftlichen Spannungsfeldes“ und ähnlichen technischen Begriffen geprägt wird, je ist es angezeigt, dass die Reichsregierung die Praxis der Rambler, jedoch die Städte zu beruhigen, für zu leichtfertig. Es besteht ja nicht nur dieuelle Steuerpolitik, die teilweise gegenwartig noch hinter der Rambler zurücksteht und sonst nie zur Rambler erzielt, die mindestens eine Steuererhöhung von 60 M. haben. Auch der im Jahre 1908/09 eingetragene Schätzungsbericht 728857 schätzt die Einnahmen des 1905 21 Milliarden Mark, wobei 74,1 Prozent Gewinn und 19,8 Prozent Steuerbelastungen waren. Schätzungsbericht als im wesentlichen Ergebnis entsprechend in Werkzeugen, Spezialitäten eingetragen.

Es sind 20 Milliarden Mark jedoch zwischen die entsprechenden Schätzungen in Werkzeugen und in den beiden vorliegenden Schätzungen nicht zwischen den höheren Schätzungen gelegen, was eben zeigt, daß die Schätzungen entsprechend den tatsächlichen Schätzungen der Reichsregierung nicht und gerade keinen entsprechenden Wert der historischen Stellung Dr. Staudt in seinem „christlichen Schätzungen“ aufweist, der häufig noch tatsächliche Schätzungen der Städte gegen die mit anderen Steuerpolitiken vertraute

Nachlafsteuer. Die Junker und Konsorten vorsteuern nur einen Teil ihres Vermögens, praktizieren planmäßig und gleichzeitig den Steuerbetrag im großen und sie fördern dessen Ausübung durch die Steuerbehörde. Professor Delbrück kommt an der Hand der Untersuchungen Stehmann-Buchers zu dem Schluss, daß das Privatvermögen in Preußen selbst bei weitgehenden Reduktionen auf mindestens 185 Milliarden geschächt werden müsse, während die Steuerdeklaration nur etwa 100 Milliarden (91,6 Milliarden zur Ergänzungsteuer veranlaßt und rund 9 Milliarden unter 8000 M.) ergebe. Die Unterbelastungen nun, die nach alleinem offensichtlich viel weiter verbreitet sind als man bisher angenommen und zugegeben hat, glaubt Delbrück in besonders hohem Maße gerade bei den Bankwirken annehmen zu dürfen. Wörtlich sagt er:

„Die Unterbelastungen haben bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden insofern eine gewisse Grenze, als sie nicht den Kreis schädigen dürfen; man nimmt sogar an, daß hier und da ein Geschäftsmann wohl sein Vermögen zu hoch angibt, in der Hoffnung,

dass von dieser Declaration etwas rückbar und dadurch sein Kreis gehoben werde. Über diese Methode der Kreisverbesserung ist doch zu losspielig, um häufig zu sein, und sie entspricht völlig bei den Bankwirken. Bei diesen spielt ihre Vermögensdeclaration für den Kredit leinerlet Rolle; er hängt von ganz anderen Umständen ab. Jeher Nachdar ist umstand, ebenfalls sich eine Meinung über den objektiven Wert eines Vermögens zu bilden, wie die subjektive Wirtschaftlichkeit des Besitzers einzuschätzen. Ganz umgekehrt, wer sein Einkommen und sein Vermögen hoch kassiert, macht sich dadurch in der Nachbarschaft unbeliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch schärfer herangezogen werden zu können. Mit sind darüber die erbärmlichsten Geschichten aus dem Kreise von Güter- und Schloßbesitzern erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihren Nachprüfungen mische, denn an ihrer Spitze steht der Landrat, und der Landrat ist durch Ratschläge der Politik wie der Karriere gezwungen, es mit seinem Kreise, das heißt den Grundbesitzern, nicht zu verderben.“

Versucht man nunmehr, weshalb man in gewissen Kreisen, und namentlich in agrarischen, findet, daß die Nachlafsteuer die Heiligkeit des Familienlebens antastet? Es ist ja nicht bloß der materielle Verlust, der entsteht, wenn bei der Schädigung des Nachlasses durch den Reichssteuerinspektor herauskommt, um welche das Einkommen der Vermögen bisher zu gering deklariert worden ist, sondern es ist auch, ganz ohne Ironie gesprochen, moralisch peinlich für die Hinterbliebenen, so gegen den Erdässer, den Vater oder die Mutter, als Zeugen angerufen zu werden.

Der öffentlichen Meinung aber kann die Tatsache, daß die beschuldigten Klassen in Preußen statt etwa 155 Milliarden nur 91,653 versteuern, nicht laut genug ins Ohr gerufen werden.

Vielleicht wäre es leichter, die Nachlafsteuer im Reichstag durchzubringen, wenn man eine Klausel einfügte, daß die letzte Steuerdeclaration des Erblassers auch für die Nachlafsteuer maßgebend sein soll, oder wenigstens daß, wenn irgend eine andere Schädigung eintritt, der Christus aus ihr ein Recht auf eine Nachforderung in der Veranlagungssteuer nicht ableiten darf.“

Delbrück schlägt da, nur um den Junkern die Nachlafsteuer schmackhaft zu machen und den Staatsvertrügern eine goldene Brücke zu bauen, nichts anderes vor, als die antisiche Anerkennung des Staatsbeitrages, wodurch der soame Zustand an sich gewiß nicht besser wird. Dabei handelt es sich, abgesehen von der moralischen Seite des selben, in materieller Beziehung nach den angeführten Zahlen um ungeheure Summen, um die der Staat alljährlich betrogen wird. 60 Milliarden, die der Bevölkerung entzogen werden, sind wahrlich keine Kleinigkeit. Der preußische Staat wäre dennoch bei der sogenannten Ergänzungsteuer jährlich um etwa 30 Millionen zu kurz gekommen. Die von den Junkern und ihren Anhängern vorgebrachten „christlichen“ Gründe liegen demnach sehr klar erkennbar in ihrem Selbstentzettel.

Noch den vom Reichstag erörterten Steuerminister untersuchungen über den deutschen Nationalstaat soll derselbe 330 bis 360 Millionen Mark bringen und nicht bloß 200, wie bisher angenommen worden war. Dieses Steuerüberwogen liegt sich am folgenden Ziffern zusammen:

1. Produktionsgüter in Immobilien und Mobiliens	162—180
2. Vermögen nach verschiedenen Bodenutzungen:	
a) Erbärmlicher Grundbesitz, Rechnungsbeden, bestant oder unbekannt, mit Grundmieten	40—50
b) Gutsbesitz	5
c) Wert des privaten Vermögens	20
3. Wert des in England angelegten Kapitals und der berufliche Preis an fremden Wertpapieren	19
4. Gegenstände produktiver und verbrauchter Betriebs- und Einsatzanlagen:	5
a) Eisenbahnen	5
b) Bergwerksbetriebe und andere staatliche Betriebs- und Industriellen, See- und Binnenschiffe, Flottalegen	10
c) Öffentliche Gebäude	4
5. Güter in Bewegung auf den Eisenbahnen, fahrenden Gütern, Schiffen	5
6. Städtegeld	5
Zusammen	
	330—360

Diese Angabe zeigt in sonnenhaften Punkten aufschlußreich sein, aber der Sachverhalt dass 330 Millionen Mark ist viel wahrscheinlicher als die 200 Millionen Mark, die man bisher annahm. Für mich bezüglich dieser Reichssteuererhebung noch etwas anderes, nämlich die Einschätzung und Schätzung einer entsprechenden Einnahmen für alle und die Möglichkeit, mittels der gesetzlichen Praktiken eines Schätzungsmitgliedes eine Einnahme zu höheren, sagt zweckmäßig Engels, die nicht nur materiell vollkommen unzureichend ist und den Zug zu Zug reicht wird, sondern die ihnen auch die entsprechende Mieteabnahme und Schätzung ihrer Füchsen und Schätzungen genügt, diese Schätzungsliste ist jetzt zum erstenmal da, aber sie ist da. — Diese Schätzungsliste Engels vor 30 Jahren ist bezüglich auf England, dessen Steuern von 44 Millionen Mark im Jahre 1814 auf 170 Millionen Mark im Jahre 1875 ging und ist jetzt heute in noch höherer Menge für Deutschland.

Das letzte erneute Reichstagsleben die große Masse des Volkes hat. Sie kann es denken, aber nicht holen lassen und das Denken wird es zum Sozialismus führen.

Hüttenarbeiterklaus.

II.

Die alte Geschwindigkeit geriet bei „Christen“ dann wieder, als der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Debatte über die Hüttenarbeiterklausen hinauszog und zu einer Erhöhung und Besteuerung verzögert hatte. Nichts kann das kleine Wörtchen „au“! Giesberts verschärfte, daß der schwere Duisburger Verband „au“ eine Debatte hinauszog wolle. Sehr bald folgten die „Christen“ über das Wörtchen, über das jedes Wörtchen „au“! Demnächst sieht jetzt eine ganze Reihe von „Christen“ darunter die ersten waren. Ja zu 25 zum Jahre 1907 gehörten sich die „Christen“ noch wie die Schreiber, denen die Zelle weggeschlossen sind. Es wird vom Deutschen Metallarbeiter in weitausgrößerem Maße gefragt, daß mit der Debatte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes „der Ab-

gesetzte“ aus dem christlich-nationalen Arbeitersengen vorgesetzt wollte, der sich bekanntlich auch mit der Frage befasst war und leider im vergangenen Winter wegen der Reichstagsschlüpfung vertagt werden mußte . . .“

Und immer wieder das Wörtchen „au“. „Selbst versteht werden muß!“ Sehr! Welch ein Schmerz für die „christlichen“, daß den Hüttenleuten immer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und der Sozialdemokratie viel eher Ausweitung als Untersuchung zugewendet wurden, ehe es den Zentrumsschriften einfiel. Im Frühjahr 1907 kam dann die Frage des Schutzes der Arbeiter in der Großindustrie erneut im deutschen Reichstag zur Sprache und es lagen drei Anträge vor. Die polnische und die Zentrumssfraktion verlangten Untersuchungen über die Lage der Hüttenarbeiter, das Zentrum salvierte sein „Rechtschaffenheit“ hinter die Worte: „Untersuchung über die Möglichkeit für schwere Feuerarbeiten.“ Man beachte diese knifflischen Einschätzungen: Möglichkeit und schwere Feuerarbeiten. Das Zentrum war sich also demnach über die Möglichkeit selbst noch immer nicht klar und stimmte deshalb auch zum Teil gegen einen weitergehenden Antrag der Sozialdemokratie, der direkt Bundesratsverordnungen verlangte (da früher schon [1906] eine Untersuchung verlangt, dem aber nicht Folge gegeben worden war) und der die klare und strikte Forderung der achtstündigen Arbeitszeit für die Hüttenarbeiter vorsah.

Also die Sozialdemokratie traten für die Forderung ein, die auch die christliche Generalversammlung in Offenbach im Jahre 1904 (nachdem Hué schon im März 1904 die Sache gegen den Zentrumsmann Stöbel vertheidigt hatte) in ihrer Resolution erhoben hatte, für die Forderung der Achtstundenschicht für die Feuerarbeiter, während das „christliche“ Zentrum zum Teil dagegen stimmte. Wir fragen, hatten die Männer vom „christlichen“ Metallarbeiterverband, die doch sonst zum Erbarmen wie vor allem Kriegswillig notzüchtigt, unterschüttet hatten mit dem sozialdemokratischen Antrag, waren überhaupt nicht eingeladen worden, während die Zentrumsmänner und andere Abgeordnete, die teilweise gegen den sozialdemokratischen Antrag und damit auch gegen die Forderung der Offenbacher „christlichen“ Generalversammlung gestimmt hatten, eingeladen worden waren. Auch waren die Stöderlinge eingeladen, deren Wortschärfen im Reichstag erklärt hatte, Hué habe bei seiner Schilderung der Hüttenarbeiterverhältnisse „Schauerstücke“ vorgetragen! Hué, Hengsbach und Bömelburg indes, die Vertreter von drei Wahlkreisen mit großer Eisenindustrie, waren nicht eingeladen worden.

Aber trotz alledem und alledem sind die „Christen“ von ihren eigenen Schülern auf der Duisburger Tagung doch verschiedene Male desavouiert worden. So erklärte der „christliche“ Delegierte Buchner:

Was der Abgeordnete Hué im Reichstag über die Verhältnisse der Hüttenarbeiter im Siegerland sagte, sei nicht übertrieben; die Verhältnisse wären eher noch schlimmer. Die Stöderlinge Bürckhardt und Behrens, auf die diese Worte Buchners wie Peitschenhiebe würden mussten, waren auf der Duisburger Tagung anwesend bei ihren lieben Christenbrüdern und Hüttenarbeiterfreunden.“

Schande über Schande! Bei dem Bericht über die sozialdemokratische „christliche“ Zentrumsparade sind die reglementwidrigen Worte Buchners von fast allen „christlichen“ Organisationen unterschlagen worden.

Weiter über die sozialdemokratische Debatte sagte der Deutsche Metallarbeiter (Nr. 11, 1908):

Eine auf recht lückenlose Material aufgebauten Debatte an den Reichstag im Jahr 1907, drei Jahre später nach der Resolution unseres Verbandes. (Übrigens ist auch (I) von unserem Verband eine diesbezügliche Eingabe dem Reichstag unterbreitet worden.)

Also wieder das ominöse Wörtchen „au“. Der Sturm der „Christen“ erstickt sich in Wahrheit immer nur darauf, wie der schwere Landsturm hinterher zu hinken, damit ihm nicht die Füße ausgleiten und sie noch weiter versuchen können, zu scheinen, was sie nicht sein wollen und nicht sein können, energische, ehrliche Vertreter des Arbeiterschutzes. Der christlichen „Priorität“ sowohl wie der zügigen Auslegung der Hüttenarbeiterklaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde auf der Tagung in Duisburg von dem Zentrum abgeordneten Giesberts, sicher einem guten Freunde der „christlichen“ Gewerkschaften, der Todestrost versetzt. Giesberts meinte:

Für ihn als Abgeordneten und seine Freunde handelt es sich darum, von den Arbeitern selbst zu hören, ob alles, was über die Klausenrede geredet und geschrieben worden sei, sich auch wirklich so verhält, und wie die Hüttenarbeiter selbst über den zu erzielenden Schutz dächten. Das Tempo auf sozialpolitischen Gebiet in den letzten Jahren sei gar zu langsam geworden. Die Lage der Metallarbeiter und Hüttenarbeiter sei ja schon verschiedentlich zur Sprache gebracht, in eine konkrete Richtung sei die Bewegung gebracht durch den Aufzug der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1906 auf Vorwahle statutarischer Erhebungen. Jetzt hätten verschiedene Wortschärfen der Großindustrie, namentlich Dr. Berner, die Ausführungen des Abgeordneten Hué bestritten, doch als dann im Jahre 1907 von drei Seiten — dem christlichen Metallarbeiter-Verband, den Sozialdemokraten und den Polen — die Anträge erneut und von den Sozialdemokraten zunehmend direkte Verordnungen des Bundesnachs gefordert seien, da sei der Antrag auf Vornahme von Schätzungen nicht mehr von der Hand zu weisen gewesen. Die Debatte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, so deutenswert auch das darin enthaltene Material entgegengenommen sei und so lehrreich sie für jeden Parlamentarier sein müsse, sei dennoch nicht anstreitend, weil man nicht beide Teile gehört habe.“

Giesberts meinte auch, „die Hüttenarbeiter setzen so dringend des Schutzes bedürftig, daß es ganz gleichgültig sei, von wem er gefordert würde.“ Die „christlichen“ Metallarbeiter müssen wohl den Schutz der Hüttenarbeiter nicht für so dringend halten wie Giesberts, denn sonst hätten sie doch die sozialdemokratischen Reichstagabgeordneten bestimmt auch einladen müssen.

Die Duisburger Paradesitzung bewies sonnenblau, daß es den christlichen Männern nicht um die Förderung, um die ehliche Förderung des Hüttenarbeiter-Schutzes zu tun war, sondern um die Anstellung des Zentrum-Gewerkschafts- und Parteipräsidiums.

Als es in der Folge den sonderbaren „christlichen“ Hüttenarbeiterfreunden etwas schwül wurde, als ihnen die Metallarbeiter-Zeitung und die sozialdemokratische Presse auf der Zelle saßen, da suchte der „christliche“ Zuchs nach immer neuen Löchern, um sich aus der fatalen Situation heraus zu retten. Als Giesberts (neben Buchner) auf der „christlichen“ Tagung in Duisburg auch nicht so getanzt hatte, wie die „Priorität“ schwülter ermordet hatten und da mit der Zentrumspartei überhaupt beim besten Willen kein Rhythmus zu

wurden war. Nach dem Duisburger Blatt die Sozialdemokratie gleich fallen, um — und die Sozialdemokratie entstehen zu können, ehe sie dann ganz kein Grund vorlag. Im Februar Nr. 11 von 1908 spricht der Deutsche Metallarbeiter:

„Hier handelt es sich einzig und allein darum, was von den Arbeiterschaften zu Gunsten der betreffenden Arbeiter geschehen ist. Was die Sozialen oder sozialdemokratischen Parteien, was Stössel, Hue, Dr. Sieber oder andere Abgeordnete im Reichstag gesagt haben, das kann weder vom christlichen noch dem sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verein als Verbrech oder Schuld ins Konto geschrieben werden.“

Mit dieser unehrlichen Radikalität vergleiche man die Vorgänge auf der Duisburger „Konserven“ und die Verlogenheit der „Christen“ liegt klar zugute. Im übrigen wieder eine neue Besondertät. Während doch sonst Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften häufig in einen Topf geworfen werden und immer von „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ gesprochen wird, während das Duisburger Blatt in dem Artikel, dem wir vorliegendes Blatt entnommen haben, selbst noch wieder von der „sozialdemokratischen Metallarbeiter-Befreiung“ spricht, sollen in der Frage des Hüttenarbeiterbeschües, um für die „Christen“ wenigstens noch scheinbar etwas zu reiten, die sozialdemokratische Partei und der Deutsche Metallarbeiter-Verein mit Gewalt auseinander gerissen werden. Ja, sogar Hue wird glatt in zwei Stücke gehauen; das, was er für die Hüttenarbeiter tut, tut Hue als — sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, bestimmt nicht etwa als — Metallarbeiter. Die possierlich-üstigen Wodspülungen, die der Deutsche Metallarbeiter in der Verzweiflung vollführt, sind geradezu zum Lachen und Heulen!

Zur Generalversammlung.

Krausbeuren. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Vorlage zur Einführung von Staffelbeiträgen. Die Mehrzahl der Redner sprach sich dagegen aus, weil die Wirkung der Staffelbeiträge mehr Nachteile als Vorteile für den Verband bringen würden. Auch wäre eine Erhöhung der Beiträge bei der jetzigen Wirtschaftskrise doppelt gefährlich. Den Anträgen des Vorstandes stimmte die Versammlung zu, da diese die Mitglieder nicht höher belasten und die Mehrzahl der jetzigen Mitglieder nicht zu sehr treffen würde.

Ruhla. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich ebenfalls mit den zur Generalversammlung vorliegenden Anträgen. Zur Frage des Unterstützungswoes war man allgemein der Ansicht, daß bei der Krankenunterstützung des Guten etwas zu viel getan worden sei. Die Fälle sind zahlreich, in denen erkrankte Kollegen in den höheren Fahrgängen aus dieser Unterstützungsart ein oft nicht unbedeutender materieller Vorteil erzielen. Eine Verwendung von Verbandsmitteln kann und soll doch nur zu dem Zweck erfolgen, um in Not geratene Kollegen vor dem Verlusten in die Tiefe zu behaupten, in der ihre Kampffähigkeit gebrochen ist, nicht aber ihnen Vorteile auszuschänzen, die geeignet sind, den in normalen Verhältnissen sich befindenden Kollegen hämische oder neidische Bemerkungen zu entlocken. Es wird ja nicht gut möglich sein, einen einmal eingebürgerten Unterstützungswoes von der Bedeutung unserer Erwerbsunfähigkeitsunterstützung ganz zu beseitigen, schon mit Rücksicht auf unsere ländlichen Industriebetriebe nicht, mit ihren Kreiskantoren und völlig ungereichten Leistungen. In solchen Bezirken ist unsere Krankenunterstützung ein nicht zu unterschätzendes Agitationsmittel. Eine Reform dieses Unterstützungswoes muss jedoch auf alle Fälle eintreten. Eine einheitliche Unterstützung, vielleicht für Lebige 3 bis 4 M., für Verhälteste 6 M., dürfte vollkommen genügen. Man mag einwenden, daß eine solche Regelung ein Unrecht gegenüber den Kollegen sei, die seit Jahren dem Verband angehören, wenn sie mit derselben Elle gemessen werden sollen wie die, die sich kaum vor Jahresfrist der Organisationspflicht erinnerten. Diese Priorität der Alten reicht ja aber auch heute schon nur bis zur 260. Woche, von da ab sind die Unterstützungsätze, mit Ausnahme des Sterbegeldes, gleiche, ob ein Kollege 6 oder 12 Jahre im Verband steht. Zudem kann der frühere oder spätere Beitritt zur Organisation nicht immer nur in der Verhältnislosigkeit des Betreffenden liegen, so daß ihm die längere Zugehörigkeit höchst angerechnet werden könnte. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob ein Kollege in einem Industriezentrum, einer Großstadt, umbraust von dem Wohlenschlag der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, seine Kinder- und Mannesjahre verbringen konnte, oder ob sein Geschick ihn zwang, in irgend einem weltverlorenen Waldviertel an der Schleißelbahn oder an der Elbe zu stehen, wo nur gelegentlich, vielleicht alle Viertel- oder Halbjahr einmal ein Säuflein von Freiheit und Brüderlichkeit die nussige Atmosphäre seines Elends bewogt. So leicht und früh sich der Anschluß an die Organisation im ersten Falle vollziehen kann, so spät und schwierig stellt er sich naturgemäß unter anderen Verhältnissen ein. Eine Härte gegen die Letzteren könnte keinesfalls durch Herauslösung der Krankenunterstützung erzielt werden, wenn man als Äquivalent eine Arbeitsförderung der Arbeitslosenunterstützung vornehmen würde. Denn auch hier sind Modifikationen dringend nötig. Gewiß kann und darf die Arbeitslosenunterstützung eine bestimte Höhe schon deshalb nicht übersteigen, weil sonst das nötige Interesse am Aussuchen neuer Arbeitsgelegenheit unterdrückt würde. Immerhin wäre es — den gestiegenen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen der letzten Jahre gegenüber — doch wohl an der Zeit, die alten Sätze um ein wenig zu erhöhen, so daß etwa an Stelle der heutigen Sätze 8, 9, 10, 11 und 12 M. gesetzt würden. Was will zum Beispiel ein verheirateter Kollege, der ohne sein Verschulden Spätling geworden ist, mit 6 bis 7 M. heute beginnen? In Beeten der Seele wärde dies Konto bei der derartigen Ausgestaltung ja erheblich belastet, ein Ausgleich würde sich aber dann während der Hochkonjunktur ergeben. Auf keinen Fall dürfen Ausschreibungen der Arbeitslosenunterstützung in der vorgeschlagenen Art Ausblide für die Zukunft eröffnen, wie sie sich bei der heutigen Krankenunterstützung gezeigt haben. Auch gegen ein Krankefreuden der Biedermeierzeitlichkeit lädt sich wenig einwenden, so daß ohne Zweifel bei diesen Reformen ein Mittel für den Kampfesfonds erübrigen lassen. Von einem weiteren Zusatz unseres übrigen Unterstützungswoes wird vorläufig abgesehen werden müssen, soll der Charakter des Verbandes als einer Kampforganisation nicht immer mehr verwischt werden. — Wohl infolge des Ausbildungunterrichtes, den die Zustände der in unserer Gegend heimischen Gelbmetall- und Kleineisenindustrie den Kollegen ständig vor Augen führen, hat man in unserer Mitgliederversammlung den Beschluß gefasst, der Generalversammlung die Annahme der Staffelbeiträge zu empfehlen. Die genannte Industrie, an nähernd 3000 Personen beschäftigend, darunter ein Viertel weibliche, findet sich zerstreut in unterschiedlich Dutzend kleinen Ortschaften des Thüringer Waldes und des Reiniger Unterlands. Von dieser großen Masse sind kaum einige Hundert organisiert. Diese hauptsächliche Arbeiterschaft ist ohne Zweifel durch recht niedrige Beiträge leichter zu gewinnen. Meiner Meinung und meinen Erfahrungen nach liegt darin der Schwerpunkt aber allein nicht. Die Leute bringen uns Sympathien entgegen, das beweisen sie in politischer Beziehung. Diese nach allen Richtungen der Windrose beim Pfiff der Sirene stundenweit ausseitender Arbeiterschaft müssen in ihren Dörfern aufgesucht und organisiert werden und hierzu bedarf es geschickter, nur der Agitation lebende Kollegen. In dieser Beziehung muß auch Ruhla den Anträgen zu Konto 6 der Tagesordnung von Dortmund und Duisburg zustimmen respektive auch auf ihre Verhältnisse anwenden.

G. Seehofer.

Brendorf. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 14. März eine Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte, Kollege Einmerling, referierte über: „Die Entwicklung des Deutschen Metall-

arbeiterschaften, seine Bedürfe und Bemühungen um die Verbesserung des Gesundheits- und Sozialwesens.“ Da im Generalversammlungsprotokoll nichts darüber steht, daß die Gesundheit und Sozialwesen im Verband noch nicht geregelt, so kann dieser Punkt über die zur Generalversammlung eingesetzten Berichterstattungen der Kommission für Gesundheits- und Sozialwesen verlaufen. Nach einer ersten Diskussion wurde — das entsprechenden Satz wegen — beschlossen, die Überarbeitung des zur Generalversammlung zustellenden Antrags des Verbands unter Ausgliederung der Werkstattunterstützungsverein zu überlassen. Diese Sitzung fand am 17. März statt; es wurde darin nach lebhafter Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Werkstattunterstützungsverein erklärt hier — unter Werterhaltung der Kommissionsvorlage — mit der Werkstattvorlage, unter Belibaltung des § 10 Absatz 7, einverstanden und verzichtet von der 9. Generalversammlung in Hamburg, daß sie dem Vorstande nichts überlassen wird.“

Die Einführung der Staffelbeiträge in unserem Verband kann ich nur unterstützen, auch die Vorlage, die die Kommission in Nr. 7 veröffentlichte, muß ich, soweit es die Art der Einführung betrifft, als brauchbares System bezeichnen. Das, was mich veranlaßt, einige Bitten in Anspruch zu nehmen, ist, daß ich die von der Kommission vorgeschlagenen Unterstützungsätze, die in den einzelnen Klassen gezaubert werden sollen, rechnerisch für ungerecht finde. Ich will nicht auf alle einzelnen Unterstützungsseinrichtungen näher eingehen, nur die hauptsächlich in Frage kommenden will ich einer Berechnung unterziehen. Der wöchentliche Beitrag soll nach Vorschlag der Kommission laut § 6 Abs. 1 betragen pro Woche in Klasse I 70 M., Klasse II 60 M., Klasse III 45 M., Klasse IV 30 M. Nach 52 wöchentlicher Mitgliedschaft soll den Mitgliedern pro Woche laut § 9 eine Unterstützung aufgeteilt werden in Klasse I 7,10 M., Klasse II 6 M., Klasse III 4 M., Klasse IV 3 M. Das ist in Klasse I der 10-fache Beitrag des möglichen Beitrag, in Klasse II der 10-fache, Klasse III der 8,89-fache, Klasse IV der 10-fache. Ebenso ist es bei den nach § 9 Abs. 2 beantragten Jahresunterstützungen, es soll gewährt werden in Klasse I 142 M., Klasse II 120 M., Klasse III 80 M., Klasse IV 60 M. Dividiert man nun mit dem Jahresbeitrag in diese Unterstützungssätze, so ergibt sich in Klasse I der 3,90-fache Beitrag des Beitrags, Klasse II der 3,84-fache, Klasse III der 3,42-fache, Klasse IV der 3,68-fache. Wendet man in Klasse I statt 8,90 den 3,42-fachen Beitrag des Jahresbeitrags, oder umgekehrt in Klasse III den 8,90-fachen Beitrag des der Berechnung an, so ergibt sich folgende Rechnung: Klasse I 88,40 × 3,42 = 128,88 M., Klasse III 28,40 × 8,90 = 91,26 M. Das ist in der ersten Klasse ein Weniger von 18,17 M., in der dritten ein Mehr von 11,28 M. Die Aufrechnung der zweiten und vierten Klasse glaube ich, da die Differenz geringer ist, erstaunlich zu können; an der vorliegenden Aufrechnung ist ja auch klar zu erkennen, daß wird der Kommissionsvorlage angenommen, die erste Klasse auf Konto der dritten Vorteile genieht. Auch mit der jährlichen Steigerung des Unterstützungsanspruchs liegt es so. In Klasse I ist eine jährliche Steigerung von 22 M., Klasse II 20 M., Klasse III und IV je 10 M. vorgesehen. Das ist in Klasse I der 0,60-fache Beitrag des Beitrags, Klasse II der 0,64-fache, Klasse III der 0,43-fache, Klasse IV der 0,64-fache.“

Alsa Klasse III, die auch den am schlechtesten bezahlten Kollegen die Möglichkeit geben soll, sich dem Verbande anzuschließen, ist in puncto Unterstützungssätze im Nachteil. Das betrachte ich als ungerecht und schlage deshalb vor, den von der Kommission zu § 6 Abs. 1 vorgeschlagenen Jahresbeitrag anzuerkennen und als Wochenunterstützung den 10-fachen Beitrag des Wochenebeitrages zu setzen. Das wäre in

Klasse I	70 × 10 = 7, - M	pro Woche	über 1,16/3 M	pro Tag
II	60 × 10 = 6, -	-	-	1,-
III	45 × 10 = 4,50	-	-	0,75
IV	30 × 10 = 3, -	-	-	0,50

20,50 M.

Der Kommissionsvorlage beträgt 20,10 M., 0,40 M. weniger als vorstehender. In der ersten und zweiten Klasse soll eine jährliche Steigerung von 1 M., in der dritten und vierten Klasse von 0,50 M. eintreten. Betreffs der zu § 9 Abs. 2 beantragten Jahresunterstützung soll der 3,75-fache Beitrag der Jahresbeiträge treten, das wäre in der

Klasse I	98,40 × 3,75 = 136,50 M
II	81,20 × 3,75 = 117,-
III	28,40 × 3,75 = 87,75
IV	15,60 × 3,75 = 58,50

399,75 M.

Der Kommissionsvorlage beträgt 402 M., mitin ein Mehr gegen meinen Vorschlag von 2,26 M. Ferner soll bei der jährlichen Steigerung des Unterstützungsanspruchs der 0,58-fache Beitrag des jährlichen Beitrags in Berechnung kommen, das wäre in

Klasse I	36,40 × 0,58 = 21,11, gefürt auf 21,- M
II	31,20 × 0,58 = 18,08, = 18,-
III	28,40 × 0,58 = 16,57, = 16,50
IV	15,60 × 0,58 = 9,05, = 9,-

61,50 M.

Der Kommissionsvorlage beträgt eine Gesamtsteigerung der vier Klassen um 62 M. jährlich, also 0,50 M. mehr als der von mir ausgeführte. Was also durch meinen Vorschlag zu § 6 Abs. 1 mehr an Unterstützung gezahlt werden müßte, siehe durch den geringeren Beitrag zu § 9 Abs. 2 dem Verband wieder zu.

Hermann Rosenthal (Cangermünde).

Die Vorschläge der Staffelbeitragskommission sind von den bis jetzt zu Worte gekommenen Kollegen als nicht mitbringend für die Organisation bezeichnet worden. Die angeführten Gründe lassen sich aber auch für die Einführung ins Feld führen. Es muß bestrebt werden, daß der Vorstand in der Begründung seiner Anträge zur Statutenänderung den Vorschlag der Kommission als nicht direkt hilfreich hinstellt, d.h. aber weiter keine Begründung gibt als die der Vorschlag der Kommission schaffe den Ausgleich nicht, der zufolge der jetzt herrschenden Wirtschaftskrise in puncto Gewinnahme und Ausgabe des Verbandes geschaffen werden muß. Von seinen Abänderungsanträgen an die Generalversammlung behauptet er, daß sie den Ausgleich schaffen. Sehen wir uns nun einmal die Vorlage des Vorstandes an. Sie bringt den Mitgliedern nichts weiter als eine Beschränkung ihrer Rechte. Es soll ja angegeben werden, daß die Bestimmungen über die Unterstützungsleistungen reformbedürftig sind, um den Verband vor „gewohnheits- und gewerkschaftsgewohntesten“ (nach den Worten des Vorstandes) zu schützen. Aber eine drastische Reduzierung und Verkleinerung der Rechte der Mitglieder ist entschieden zurückzuweisen. Der Vorstand sagt in seiner Begründung selbst: „Wenn auch davon gewahrt werden muß, daß der jetzigen starken Belastung des Verbandes durch Unterstützungen irgendeine Verteilung auf die Generalversammlung in Hamburg angenommen werden, habe ich die Überzeugung, daß wir uns nicht werden, die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu steigern und die Lage der Metallarbeiter zu verbessern. Wenn uns dieses gelingt, wenn wir mehr Erfolge als bisher erringen können, dann wird sich auch die Werbekraft des Verbandes erhöhen, und ein großer Teil der heute noch indifferenten Arbeiter wird dann entscheiden, daß die Organisation doch etwas tuft und daß sie nur durch sie ihre Lage verbessern können.“

Es in jenen Beobachtungen sehr leicht zur Wahrung der Interessen der Bevölkerung und der Arbeit. Es wird jetzt immer gesagt, der Interessenvertretungen im Verband kann nicht genug, aber noch genug. Das kann nicht stimmen, da der Vorstand des Verbandes ist eben dies nicht der Fall, da die Kollegen des eigenen Verbandes wissen, daß sie wenn sie die sozialdemokratische Karte haben, die gegebene Verteilung auf Werbekraftverstärkung erzielen können, in werden den Kollegen der anderen Betriebe die Position, in der sie sich befinden, nicht durch ihr Werbekraftangebot verschlechtern. Anders, wenn der Vorschlag des Vorstandes von der Generalversammlung angenommen wird. Dann wird es dann seinem Kollegen überlassen können, wenn er, um sich nicht einer Verantwortung seines Vorstandes auszusetzen, in den anderen Betrieben des gleichen Bereiches ist noch dies nicht der Fall, da die Kollegen des eigenen Verbandes wissen, daß sie wenn sie die sozialdemokratische Karte haben, die gegebene Verteilung auf Werbekraftverstärkung erzielen können, in werden den Kollegen der anderen Betriebe die Position, in der sie sich befinden, nicht durch ihr Werbekraftangebot verschlechtern. Und Otto Brumme (Verband). Mit den Anträgen des Vorstandes zur Übertragung des Statuts kann man sich zum großen Teil einverstanden erklären. Wenn man sich die Lage, in der sich der Verband augenblicklich befindet, vor Augen hält, so muß man sich sagen, ohne deshalb pessimistisch zu sein, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, wenn unsere Organisation ihrer Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, gerecht werden will. Die Kommission für Staffelbeiträge wird wohl von dem Resultate ihrer Beratungen selbst enttäuscht sein und einsehen, daß der Einführung von Staffelbeiträgen große Schwierigkeiten im Wege stehen. Die Einführung von Staffelbeiträgen oder von niedrigen Beitragsklassen von 40 oder 45 M. soll nach Meinung verschiedener Kollegen zur Werbekraft des Verbandes beitragen, und sie hoffen dadurch, die niedrig entlohnten Arbeiter für den Verband zu gewinnen. Diese Meinung hat ja ohne Zweifel etwas für sich. Man darf aber nicht erwarten, daß die Einführung von niedrigen Beitragsklassen uns einen nennenswerten Teil von bisher indifferenter Arbeitern ausführen wird. Eine Stärkung des Verbandes scheint durch die Einführung von niedrigen Beitragssätzen nach den bisherigen Erfahrungen beinahe ausgeschlossen, denn mit steigender Mitgliederzahl findet doch auch eine Mehrbelastung des Verbandes durch steigende Finanzprägnanz der Unterstützungen statt. Der in der Werkstatt tätige Kollege, der unter den Unorganisierten agitiert, macht immer wieder die Erfahrung, daß es in der Hauptstadt nicht die hohen Beiträge sind, die den größten Teil der Arbeiter abhalten, sich zu organisieren. Die größte Zahl der Unorganisierten haben den Wert der Organisation, ihre eigene wirtschaftliche Lage noch nicht begriffen. Die meisten Arbeiter, die man auffordert, der Organisation beizutreten, entgegnen: „Es nutzt doch nichts, der Verband kann doch nichts machen“ u. s. m. Sie weisen auf verlorene Streiks, Aussperrungen und dergleichen hin. Bei einigen gelingt es, sie davon zu überzeugen, daß sie selbst mit Schuld sind an diesen Misserfolgen und daß diese zu verhindern wären, wenn sich alle Arbeiter organisieren würden. Diese Einsichtigen lassen sich dann auch trotz des Beitrags von 60 oder 70 M. aufnehmen. Bei der großen Mehrzahl nutzt alles Neben nichts, sie können von der Notwendigkeit und dem Nutzen der Organisation nur durch deren Erfolge überzeugt und für sie gewonnen werden, abgesehen von den Arbeitern, die infolge ihrer Feigheit und niedrigen Gestanung überhaupt nicht für die Organisation zu gewinnen sind. Wir dürfen die Beiträge nicht erhöhen, denn dadurch gehen der Organisation nur Mittel verloren. Der Verband muss gefüllt und ausgebaut werden, wenn wir mit erzielten Erfolgen agitieren wollen. Denn den Beweis haben wir in Händen, daß dies das beste Agitationsmittel ist. Um dieses Ziel zu erreichen, scheint mir der Vorschlag des Vorstandes der zweckentsprechendste zu sein, abgesehen von einigen kleinen Zugaben, die meiner Meinung nach vorzunehmen wären.

So wäre zu § 15 Abs. 1 hinter der Einführung des Vorstandes, nach den Worten „Unterhalt fordert“ hinzuzufügen; und für solche männliche ledige Mitglieder, die den Unterhalt von Vater oder Mutter nachweislich aus ihrem Einkommen bestreiten. Und in § 16 Abs. 1 hinter der Einführung des Vorstandes, nach den Worten „Unterhalt sorgen“ hinzuzufügen; und für solche männliche ledige Mitglieder, die den Unterhalt von Vater oder Mutter nachweislich aus ihrem Einkommen bestreiten. Dieser Anhang scheint mir notwendig, weil mit einer größeren Anzahl von Kollegen haben, die in diesem Verhältnis zu Vater oder Mutter stehen, und dann in der Regel auch einen eigenen Haushalt haben. Diese Kollegen werden durch eine Maßregelung oder Aussperrung genau so hart getroffen, wie die verheirateten Kollegen. Wenn die Änderungen dem Antrag des Vorstandes gemäß im großen und ganzen auf der Generalversammlung in Hamburg angenommen werden, habe ich die Überzeugung, daß wir uns nicht werden, die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu steigern und die Lage der Metallarbeiter zu verbessern. Wenn uns dieses gelingt, wenn wir mehr Erfolge als bisher erringen können, dann wird sich auch die Werbekraft des Verbandes erhöhen, und ein großer Teil der heute noch indifferenten Arbeiter wird dann entscheiden, daß die Organisation doch etwas tuft und daß sie nur durch sie ihre Lage verbessern können.

Zu der Begründung des Vorstandes zu seinem Antrag über das Ausleihen mit der Arbeit erwidere ich: Es wird darin mit geschickten Redewendungen — wie zum Beispiel halbe oder ganze Tage, oder Verdienstausfall, Verdienstverminderung

„Doch die Vorschläge der Kommission für Staffelbeiträge liegen noch liegen liegen, darüber ist kein Besatz, aber man muß auch hierzulande darüber ins Auto fahren. Gleich nach der Einsetzung auf die vorgeschlagene Vereinbarung bei § 9, Abs. 1 und 2. Hier muß man sich die Frage vorlegen: ist es notwendig, die Höhe von da auf 72 Wochen zu verlängern? Auch kann ich nicht verstehen, warum bei den Unterstützungen nicht eine runde Summe angenommen wird, zum Beispiel anstatt 1,10%, M. 1,20 M., die Woche 7,20 M. ja. Durch runde Summen erleichtert man doch dem Kassier, der die Unterstützungen auszahlen muß, das Rechnen. Technisch ist es mit der Abstimmung der Beiträge, statt 45 M. sollte man 50 M. haben. Daß den Kollegen, die mit Einsichtung der Beiträge betraut sind, zum Beispiel den Werkstatt- und Kaufmännischen, mit Einsichtung der Staffelbeiträge ihre Arbeit erschwert wird, ist klar. Durch Annahme des Vorschlags des Kollegen Amotta (Münsterberg), die Unterstützungssätze bei Wahlregelung und Streiks bei Einführung der Staffelbeiträge in gleicher Höhe zu lassen, würden viele Kollegen, hauptsächlich die Iobigen, aber auch verhältnismäßig, die einer weiteren Rentenkasse angehören, ermutigt, in eine niedere Rente zu gehen. Unsere Kollegen sind eben keine Engel, ein wenig Egoismus steht in jedem Menschen. Die Anhänger der Staffelbeiträge sind der Meinung, es würden dann beim Verband mehr Mitglieder ausgeführt. Der Meinung bin ich nicht, der Verband ist groß geworden mit der Erhöhung der Beiträge, und da, wo wir noch keine Mitglieder bekommen haben, fehlt es bloß an Ausklärung. Wissen wir nach Rheinland, Westfalen: dort kann der hohe Beitrag nicht schuldig sein, daß die Verwaltungsstellen so klein sind im Verhältnis zu den dort beschäftigten Metallarbeitern. Die Ohne sind dort nicht so schlecht, daß der „hohe“ Beitrag nicht bezahlt werden könnte; es fehlt dort die Ausklärung. Alles in allem bin ich der Meinung: nicht durch Staffelung der Beiträge bekommt der Verband Mitglieder, sondern durch seine Leistungen, und je höher die Beiträge, je höher die Leistungen. Und da die diesjährige Generalversammlung wegen der Geschäftskrise die Beiträge nicht erhöhen kann, so meine ich, es sei mit den Unterstützungen und Beitrag bis zur übernächsten Generalversammlung 1911 so zu lassen, wie es ist. G. Schlenkermann (Stuttgart).

Benn ich hier das Wort ergreife, so geschieht das nicht, um Stoffelbeiträgen das Wort zu reden. Mit Recht wird immer von der Stärkung der Kampfesmittel gesprochen, aber wie kommen wir zum Ziele? Ich bin der Meinung, die Kollegen müßten gegenüber dem Verbande hilfslosen sein. Es gibt viele, die sich überversichern, zwei oder noch mehr Hilfskassen angehören. Wenn diese den Verband im Krankheitsfalle überhaupt nicht in Anspruch nähmen, würden ihm viele Gelder erspart bleiben und so der Kampfesfonds von selbst gestärkt. Freilich kann man solche Kollegen leicht zählen. Und um uns vor Kassenträubern zu schützen, müßte beim § 9 zwischen Abs. 2 und 3 ein neuer Abs. 3 eingefügt werden, ungefähr wie folgt: Vorstehende Unterstützung wird nur ausbezahlt, wenn sich das Erwerbslosenunterstützung beziehende Mitglied im Krankheitsfalle nachweislich nicht überversichert hat, das heißt nicht mehreren Hilfskassen als Mitglied angehört. Auch bin ich mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden, der 78 Wochen statt bisher 52 Wochen Karentzeit vom jeweiligen Erhebungstage vorsieht. Mit dem, was die Dresdener Kollegen in dem Bericht über ihre Versammlung in Nr. 11 auf Seite 85, Zeile 7 bis 15, zwischen "Wir haben — zu versetzen" schreiben, befinden sie sich den Kollegen gegenüber, die doch früher auch in der Metallindustrie tätig waren, sehr im Unrecht. Das Eine steht fest, die große Mehrzahl derselben zahlten ihre Beiträge, ohne jemals in nennenswerter Weise den Verband in Anspruch zu nehmen (Gast- und Schankwirte, Zigarettenhändler, Bordost- und Gemischaßhändler &c.). Sie alle will man jetzt vor den Knopf stoßen, indem man sie zur Klasse der Fasaliden überträgt, degradiert! Ich finde einen solchen Beschlüß diesen Mitgliedern gegenüber nicht gerechtfertigt. Kassenträubern gegenüber ist er ja angebracht, aber auch nur im Krankheitsfalle, wie ich oben schon bemerkte. Die Mitglieder, die nach den Dresden nicht mehr arbeiten (Soll wohl heißen, die in der Metallindustrie nicht mehr tätig sind?), haben doch vielen anderen Platz gemacht und somit Arbeitsgelegenheit verschafft; arbeiten müssen sie heute aber auch noch, denn gebrauchte Kunden fliegen heute auch nicht in der Luft herum, daß man nur zugreifen braucht. Unter allen diesen Umständen bitte ich die in Hamburg tagende Generalversammlung, diese Kollegen nicht einfach zur Klasse der Fasaliden zu übertragen.

St. K. Bentzen (Schrift)

Wenn eine Steuer auf unserer Finanzen vorgenommen werden wird, soß ja kein einflussreiches Mitglied befürchten wird, so scheint es mir, daß der Borßmund mit seinem Antrag zur Auflösung des § 9 doch etwas zu weit gegangen ist. Ich glaube, eine Verkürzung der Bezeichnung würden die meisten Mitglieder nicht so hart empfinden als die vom Borßmund beantragte Verlängerung der Aufrechnungszeit und die Verlängerung der Entgeltungsfristen. Mein Vorschlag gehe nun dahin, daß allen Dingen die Gewerbeleistungserfüllung im Kreisheitsschreiber der im Arbeitsgerichtsbezirk anzuhören zu haben. Die Gewerbeleistungserfüllung im Kreisheitsschreiber sollte nur in § 2 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 60 Tage gewährt werden und keinerlei bei einer Wiedereinführung vor

For medical and paramedical
and auxiliary services

मात्र विद्या की विद्या है।

<u>62</u>	<u>104</u>	<u>156</u>	<u>208</u>	<u>222</u>
<u>1,-</u>	<u>1,15½</u>	<u>1,35½</u>	<u>1,50</u>	<u>1,65½</u>
	<u>7,-</u>	<u>8,-</u>	<u>9,-</u>	<u>10,-</u>
	<u>58½</u>	<u>66½</u>	<u>70</u>	<u>88½</u>
			<u>5,-</u>	

Die Gesamtfläche der in 52 einzelnen verstreuten Städten zu erhebenden Gewerbebetriebszählung sollte entsprechend dem einen einzelnen Städtegebiet oder der eines einzelnen Wirtschaftszweiges bei einer Volkszählung berücksichtigt werden.

für sozialistische Freigäste

52	50	90.	-	5.-	-
104	=	105.	-	52.50	=
156	=	120.	-	60.-	=
208	=	135.	-	67.50	=
250	=	150.	-	75-	=

Wahl abstimmen und ein Mitglied mit einer Urwählerbefreiung, Stichwahl und Gewerkschaftswahlberechtigung erhalten hätte, auch zum jeweiligen Schiedsgericht 52 Stimmen genügt, sofern die obige Einschätzung der 52 Stimmen nicht nachgewiesen werden könnte.

Die tatsächlichen Erfahrungswerten der Geschwindigkeitsreduktion der beiden Geschwindigkeitsverzögerungsfaktoren sind wohl nicht so klarer, daß sie leicht wissenschaftlich in Sprache übertragen. Sie Wirkungsweise könnte es vielleicht schwierig erscheinen, daß man wieder der Einsicht für Reaktionstypus im Stoßversuch ein (k), im Stoßabstreifen ein (a) hat. Nach dem Reaktionstypus könnte ein Stoßfaktor, wenn es 4 Sekunden beträgt ist, im Stoßabstreifen 250 μ beobachtet werden, nachdem die Verzögerung beobachtet 350 μ , und beim jetzigen Stoßfaktor 420 μ . Der Reaktionstypus des Stoßabstreifens soll mir auch eigentlich nicht gleich erscheinen, während ein Stoßfaktor, das 52 Sekunden beim Stoßabstreifen aufweist, vielleicht ähnlich ist, wie er in meinem jetzigen Stoßfaktor verdeckt sein wird; es kann als zelle Unterdrückungsfaktor 120 μ beobachtet, bezw. Einstellung eines Stoßfaktors — wie früher oben angeführt — 660 zu beobachten. Ein Stoßfaktor von vier Sekunden mit 250 μ beobachtet würde von einer solchen Verzögerung von der 660 zu einem Stoßabstreifungsfaktor von 4 Sekunden zu beobachtenden Geschwindigkeit nach einem jetzigen Stoßfaktor (420 μ) weichen ab, als daß im Reaktionstypus des Stoßabstreifens (350 μ), ja nicht das wesentlichste, was in Sprache kommt, überzeugend ist, daß die Wirkungsfaktoren wieder in den Graden der Geschwindigkeitsverzögerung gelungen. Das kommt in Beiden der Sprache nicht in Sprache. Dies geschieht, mit kleinen Verzögerungen, wäre ein interessanter Ergebnis und es würde bestimmt auch noch eine interessante Einsicht zu gewinnen geben, was die Geschwindigkeitsreduktionen nach Richard G. und C. G.

Editorial Staff (Continued)

Die Zahl wird mit dem Vorschlage, Staffelbeiträge nicht einverstanden erhalten. Darauf wären Mitgliedern uniform Stellen entstehen, in erster Linie wegen der ungleichen Streitunterstützung, wodurch mancher Unzufriedene zum Gegenstande würde. Auch die einzelnen Verwaltungsstellen könnten, ohne Hilfe in Anspruch zu nehmen, die Geschäfte nicht mehr so überlebigen. Über wo sollte es hinführen, wenn jede Verwaltungsstelle, und wenn sie nur 500 Mitglieder hätte, einen Beamten (Geschäftsführer) angestellten gegeworden wäre? Diese Verwaltungsstellen würden dann auch gezwungen, einen Lohnbeitrag von 10 und nicht 80 Pfennigen extra zu erheben, vorausgesetzt, die Hauptkasse leiste zur Bezahlung des Geschäftsführers keinen Beitrag. Besser wäre es gewesen, wie hätten die Krankenunterstützung nicht zur Einführung gebracht, sie kann aber nun nicht wieder rückgängig gemacht werden. Obchens können wir, um die Ausgaben für Krankenunterstützung zu vermindern, einen Tag von pro Tag 1 M für männliche und 80 P für weibliche Mitglieder ein für allemal annehmen und die da Wochen Karentzeit bestehen lassen. Es soll damit aber nicht gesagt sein, daß ich Wegner einer erweiterten Sozialfürsorge bin. Vielmehr stehe ich noch nach wie vor auf dem Standpunkte: hier kann etwas nachgelassen und auf der anderen Seite, was mich als Mitglied einer Kampfesorganisation mehr interessiert, die Maßregelung und Streitunterstützung erweitert werden. Auch muß die Unterstützung für die Hilfsbedürftigsten, die Arbeitslosenunterstützung eine Erweiterung erfahren. Denn wo zu der Staat sich zu verstehen nicht gewillt ist, wollen wir ihm Kraft unserer eigenen Mittel zu verstehen beibringen. Dazu benötigt es aber seiner Staffelbeiträge, sondern, wie schon erwähnt, Einschränkung der Krankenunterstützung und, was ich zum Vorschlage mache, Erhöhung der Beiträge von 80 auf 100 P pro Woche für männliche und 85 P für jugendliche und weibliche Mitglieder. Um den Gemüteru, die sich eventuell über diesen einzelnen Vorschlag erregen, schon jetzt eine Beruhigung zu geben, bemerke ich, daß der Verband der Lithographen und Steindrucker trotz des zum Teil sehr geringen Verdienstes seiner Mitglieder einen Wochenbeitrag von 1,20 M erhebt. Was dort möglich ist, warum soll das bei uns in bescheidenerem Maße nicht auch möglich sein? Frib Ulrich (Saalfeld a. S.).

Unter, so soll nun wiederum überzeugt werden, dass die Organisationen
um 10 Uhr endlich seien. Am Tag vor der Tagung werden ge-
meinsame Sitzungen statt der voneinander zu trennen, und eine
solche steht besser über. Die wichtige, doch kleine Sitzung nach
deren Durchführung wird. Hier haben während des Abends
unsere Mitglieder in der Organisation erhalten, obwohl es gegen-
wärtig diese geringe Tätigkeit gibt, die zwecklos verstreuen als ein
Hilfsarbeiter in jeder Geschäftsfürstentum. Kommt wieder befrem-
dend, so werden wir wieder verordnen müssen und einen
Stafelbeiträger.

Dem Schlag noch vorgesetzt werden zu können. Das ist der
zweite Fehler gemacht worden und wird wohl kein Mensch
abstreiten können. Die Wissbedienung von Streiff wie in Stettin und
Hannover muss in Zukunft vermieden werden. Der Vorstand wird be-
kennen, daß die Mitgliedschaft in derartigen Fällen andernfalls direkt
abgesetzt werden soll. In Hamburg muss die Richtschnur gegeben werden über
unsere zukünftige Taktik bei Beendigung der Streiff. Wenn die
Delegierten bei diesem Punkt das große Ganze ins Auge lassen und
nicht einseitig urteilen, dann werden die Gegenseite, die sich in letzter
Zeit bemerkbar machen, verschwinden.

Sabwig Bochner (Frankfurt a. M.).

Es ist gewiß angebracht, die Kollegen der kleinen Verwaltungsstellen über die Einführung von Staffelbeiträgen zu hören, da vor zwei Jahren die eifrigsten Befürworter der Staffelung diese hauptsächlich mit dem Hinweis auf die kleineren Städte und Industrieorte und die dort üblichen geringeren Löhne zu begründen versuchten. Wenn nun heute die eifrigsten Verfechter der Staffelbeiträge etwas stiller geworden sind, so doch wohl deshalb, weil die damalischen Krisenzeiten sie eines Besseren belehrt hat. Denn das darf wohl unbestritten ausgesprochen werden, daß bei gestaffelten Beiträgen und insoweit besseren gestaffelten Unterstützungen es nicht möglich gewesen wäre, die Mitgliederzahl während der zweit gerade für kleine Verwaltungsstellen außerordentlich schwierigen Krisenjahre auf der Höhe zu halten. Ein Verlust der in den unteren Unterstützungsklassen Bezugsberechtigten wäre wohl die unausbleibliche Folge gegeben. Die Kollegen in Singen sind deshalb nach wie vor der Einsicht, daß die Einführung von Staffelbeiträgen eine Unklugheit wäre und sie erwarten von der Generalversammlung nichts mehr und nichts weniger als ein gutes Nein.

Geht man nun den Entwurf durch, den die Staffelkommission vorgelegt hat, so kann man nicht behaupten, daß er geeignet sei, sich besonders viel Freunde zu erwerben. Nachdem wir nun einmal in

Zu der Vorlage betreffs Einführung von Staffelbeiträgen möchte ich folgenden Abänderungsvorschlag empfehlen: Bei der Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit hat sich herausgestellt, daß manche Krankenkassen unseren Mitgliedern das Krankengeld ihrer unter Hinweis auf die Krankenunterstützung des Verbandes. Weiter haben manche Mitglieder sich leider verletten lassen (da häufig Krankengeld und Verbandsunterstützung höher als der Lohn), weit weniger als notwendig die Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Diesen Missständen wäre, ohne die Gesamtleistungen zu mindern, leicht abzuholzen, indem bei Erwerbslosigkeit infolge von Krankheit die Hälfte der in § 9 vorgesehenen Sätze bezahlt, die Bezugszeit aber verdoppelt wird. Bei Erwerbslosigkeit ist das Mitglied nur auf die Verbandsunterstützung angewiesen und muß damit auskommen, bei Krankheitsfällen kommt aber das Krankengeld hinzu und da ist immer der Gesamtbetrag, auch bei halben Sätzen, noch erheblich höher, so daß hierdurch nur ein durchaus gerechter Ausgleich herbeigeführt wird.

illigere Klasse zurückfluteten. In der Praxis wird man aber auch wollen, daß die neueintretenden Mitglieder möglichst alle in die höhere Klasse eintreten und dadurch wird ohne weiteres die ganze Klasseneinteilung überflüssig, die, abgesehen von der starken Mehrbelastung der Verbandsfunktionäre, nur eine ewige Quelle der Streitigkeiten und Uneinigkeiten bilden würde. Dabei ist es eine rohe Frage, ob es uns mit 45 % Beitrag gelingen würde, die uns fernstehenden, gering entlohnten Arbeiter für den Verband zu gewinnen. So fürchterlich lange ist es ja noch nicht her, daß wir einen noch geringeren Beitrag hatten, ohne daß es damals sonderlich besser gelungen wäre, die Indifferrenten für uns zu gewinnen. Im Gegen teil, die ganze Entwicklung unseres Verbandes zeigt, daß mit jeder Beitragserhöhung die Leistungsfähigkeit und damit die Werbe Kraft des Verbandes gewachsen ist. Und darum soll die Lösung ein für allemal lauten: Nicht zurück zu niedrigen Beiträgen und niedrigen Leistungen, sondern vorwärts zu hohen Beiträgen und hohen Leistungen. Diese allein sind imstande, die Fluttuation erfolgreich einzudämmen.

Und nun noch ein paar Worte zur Einschränkung der Wieder-
ezugsberechtigung. Hier macht die Kommission einen Vorschlag, der
weifellos volle Beachtung verdient. Den Kassentäubern muß bei
unseren hochentwickelten Unterstützungsanstalten ein Siegel vor-
eschoben werden, einmal im Interesse unserer Kasse selbst, dann aber
auch im Interesse aller der Kollegen, die von den Unterstützungs-
anstalten nur äußerst selten Gebrauch machen. Dies wird zweisel-
los am besten dadurch erreicht werden, daß die Frist für die Wieder-
ezugsberechtigung von 52 auf 72, eventuell auf 78 Wochen erhöht
wird. Hier das Richtige zu finden, wird eine Hauptaufgabe der
hamburger Generalversammlung sein. M. Niedlinger (Singen).

In verschiedenen Bezirken und Verwaltungstellen ist eine Antithese gegen Staffelbeiträge zu bemerken, die vom Standpunkt der betreffenden Kollegen berechtigt sein mag, indem sie hierbei als interessanter nicht besonders in Frage kommen. Es wird dem aufmerksamen Kollegen nicht entgangen sein, daß die Unternehmer im

allgemeinen daraus bedingt sind, besonders unabhängig von den qualifizierten Arbeitern zu werden, was ihnen auch durch die technischen Fortschritte gelingt. Zunächst verweise ich auf die amerikanischen Gewindefräsmaschinen, Schneidenfräsmaschinen und auf die Automaten- und Revolverbänke, die eine große Zahl guter Dreher ergeben. Bei diesen Maschinen werden nur ungelehrte verheiratete Arbeiter bei sehr niedrigem Lohn, 28—30 $\frac{1}{2}$ die Stunde, verwendet. Dasselbe ist in den Schlossereien der Fall, wo die modernen Fräsmaschinen den alten Schlosser verdrängt haben, an dessen Stelle ist der billige Hilfsarbeiter getreten, ebenso in den Fräseteilen. Diese ungelehrten Arbeiter stellen einen großen Prozentsatz in den Betrieben dar und infolge des geringen Verdienstes sind sie schwer zu organisieren. Deshalb ist es notwendig, für diese Arbeiter einen ihrem Einkommen entsprechenden Beitrag festzusetzen. Von den überzeugten Kollegen wird es jedenfalls seinem einfallen, in eine niedrigere Klasse zu gehen, diese soll nur dazu dienen, besonders gering bezahlten Kollegen den Beitritt zur Organisation zu erleichtern. Um gewisse Missbrüche zu verhindern, würde sich bei der Staffelung bestimmt eine Grenze ziehen lassen. Es ist eine Pflicht der bessergestellten Mitglieder und Verhältnissen, ihren Egoismus etwas zurückzustellen, um auch der Kinderheit und den um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Kollegen

*
Was haben die Formen von der Generalversammlung
zu erwarten?

Eine der wichtigsten Fragen, wenn nicht die wichtigste, ist für den Formar die: Wer trägt den Verlust bei Fehlgruß und wer müßte ihn eigentlich tragen? Schon immer hat diese Frage im Vordergrund der Formarinteressen gestanden und bis zu einem gewissen Grade ist sie ja beantwortet durch die Erhebungen über „die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Formar und Gießereiarbeiter Deutschlands“ (bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1904). Die 1905 in Leipzig abgehaltene Formarconferenz unterstrich nachdrücklich, was der Hauptvorstand im Vorwort der erwähnten Broschüre sagte, nämlich: „Dass momentan die Rücksichtnahme auf die Ausbildung eines ein für die Formar recht fühlbaren Mangels sei“ (Seite 5). Dementsprechend maßte diese Frage auch eine bedeutende Rolle in der Formarbewegung von 1906 spielen. Punkt 5 der Fordertungen sah eine paritätische Kommission vor, die entscheiden sollte, ob der Fehlgruß durch Verschulden des Formars entstanden sei.

Der anerkannte Zweck dieser Forderung war, „der Bill für den Reichen und Ghess) bei Feststellung des unvereschuldeten Ausschusses durch Hinzuziehung von Arbeitern als Gutachter vorzubeugen“

Schaffner von 60 bis 74 J., für Schaffnerin ab 60 bis 70 J., Schaffnerin ab 44 bis 47 J., für Schaffnerin ab 44 bis 47 J., für Schaffner 42 bis 45 J., Schaffner und Aufzählerin zwischen 40 bis 44 J., Vermöger 42 bis 45 J., Vermögerin 43 bis 45 J., Schaffner 44 J. In Würde lebt jetzt nicht viel mehr ertragt, im besten Bilde kann dieser Wohnsitz erreichen. Nur sieben 180 Mitarbeiter sind vorhanden gegen 250 eingetragene, fünf Meister, neun Vorarbeiter und zwei Störer, die den Gruß anstreben, in Summa achtzehn Männer. Da kommt ein Vorarbeiter eine größere Rolle spielen will als der obere, sind Konflikte mit den Meistern nichts selenes. Da bei größerem Bilden oft zusammengearbeitet werden muß, bleibt auch diese unbestehebare Frage nicht aus; gleich liegt aber der Meister dahinter. Hier wird nicht ergänzt, immer feste geschafft u. s. w. Geldkäse bei Wagen, bis mit der Wehrkraft zusammenhängen, zum Beispiel nach der Zollstelle, um ein Rad zu angesehen, gibt es Käse, die auf jede andere, nur nicht auf humane Behandlung schließen lassen. Als einziger Verstand muß der Beschleuderweg bezeichnet werden. Der Meister bekommt beim Ingenieur immer recht, auch wenn es oft großes Unrecht ist. Die Formier haben den Anordnungen der Meister nichts zu leisten, auch wenn die Anordnungen total verkehrt sind. Trotzdem nun der Formier auch alles macht, wie es die Meister anordnen, so wälzen sie doch die Schuld auf den Formier, wenn ein Stich Ausschlag gegossen wird. Wann wird der Instanzenweg einmal so eingerichtet werden, daß auch die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen? Früher ist vereinbart worden, eine politische Kommission aus Vertretern der Betriebsleitung und der Formier einzusetzen, die in Zweifelsfällen entscheiden soll, ob ein Verhältnis des Formers am Fehlguss vorliegt, außerdem soll dem betreffenden Formier die Möglichkeit verschafft werden, sich durch Augenschein des Fehlgussstückes von seinem Verhältnis zu überzeugen. Ebenfalls sollte bei Streitigkeiten über die Festsetzung neuer Tarifverträge die Kommission in Aktion treten. Das alles scheinen sowohl die Direktion als die Meister völlig vergessen zu haben. Gerechte Preise bereinbaren zu können, ist ausgeschlossen. Abzüge sind gemacht worden, so daß auch dem besten Arbeiter oft die Lust vergehen muß. Auf einzelne Teile sind 60 Prozent und mehr abgezogen worden. Das Preisabschneiden ist ein Feilschen geworden, das sonst nur auf Messen und Märkten üblich war. Es fehlt verschiedenen Meistern eben an praktischen Kenntnissen. Denn wenn sie für ein Stück nichts geben wollen und der Formier sagt: "Machen Sie mir das einmal vor", dann ziehen sie wie ein begossener Pudel unter allerlei Rüstenden schnell von dannen. Was bei der verkürzten Arbeitszeit für ein Verdienst herausschlägt, zeigen am besten unsere Krankentabellen und die Unterstützungssummen, die für die schlecht genügenden Arbeiter ausgegeben werden müssen. Noch vor Jahren beschreibende, starke Männer, liegen sie seit Monaten dahin, hinzukommen die, bei denen schon die Kleine zu schweren Krankheiten führen entwöhnt haben. Aber nicht genug damit, daß die Arbeiter sich bei langem Lohn alles gefallen lassen müssen, man versucht auch noch, jeden, der sein Recht verteidigt, bei der ersten besten Gelegenheit herauszuholen. Wenn man hier noch das Glücksystem hinzutreibt, das namentlich in der Metallgießerei herrscht, so wird man verstehen, daß bei diesem oder jenem Arbeiter das Rad zum Ueberlaufen voll ist. Namentlich wer nicht nur für sich, sondern auch für seine Mitarbeiter ein Herz im Leibe hat, wird geschrüngelt, bis er geht, um so seine Beiträger los zu werden. In der Gießerei der A.-G. "Besser" sind 89 Arbeiter beschäftigt. Hier kommen ein Ingenieur, fünf Meister und zwei Vorarbeiter. Die Stundenlöhne bewegen sich für Formier von 39 bis 50 J., für Vermöger von 36 bis 43 J., für Kostenformier 40 J. Mit dem Verdienst ist es auch hier jetzt schlecht bestellt. Es wird schon längere Zeit verkürzt gearbeitet, so daß Tarifüberschüsse selten vorkommen. Die vorjährige Aussperrung hat man hier bemüht, um verschiedene ältere Arbeiter los zu werden. -- In der Gießerei von B e s e r sind 30 Arbeiter, ein Ingenieur und zwei Meister beschäftigt. Hier wird nur in Lohn gearbeitet. Der Stundenlohn beträgt für Formier 46 bis 53 J., für Vermöger 42 bis 48 J., für Schmelzer 43 bis 53 J., für Backer 36 bis 39 J., für Hilfsarbeiter 36 bis 37 J. Bei der Firma B o k e werden in der Gießerei 10 Arbeiter beschäftigt. Die Stundenlöhne für Formier betragen hier 51 bis 57½ J., für Vermöger 46 J., Hilfsarbeiter bekommen 37 J. die Stunde. Das Gesamtbild der Lage der Formier und Gießereiarbeiter kann als ungünstig bezeichnet werden. Wenn die Arbeiter die Zeiten wichtigerlicher Depression zweidimensional ansetzen, werden sie mit großer Leidenschaft diesen Vergängen ziehen können.

Gob- und Silberarbeiter

Berlin. Da einige Berliner Güter durch Säkente in verschiedenen Zeitungen Deutschlands Gold- und Silberarbeiter jeder Branche bei hohem Preis und damaliger Stellung verlangen, so möchten wir darauf aufmerksam machen, daß in Berlin jederzeit eine große Zahl von Kollegen arbeitslos ist. Deshalb ersuchen wir alle Kollegen der Gold- und Silberarbeiterbranche, falls sie durch Säkente oder andere Verschaffung in Berlin Arbeit annehmen wollen, sich zuerst bei der hierigen Ortsvertretung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die heimische Güter zu erkundigen.

Science and Evidence

MiddleOffice

Städten. So der frühere Oberstaatsrat besuchte sonst Geschäftsräume, die seit Anfang Dezember 1908 in den Händen der Stadtmühlen zu bestehen fast allein waren in Würzburg. Wiederum waren sie bei diesen Gewerbebetrieben überwiegend eingesetzt. Die Zahl ist der tatsächlichen Entwicklung gewachsen, zugleich fanden neue Mühlen ein, andere wurden wegen Überschreitung eines Kapitals geschlossen. Wegen des großen Interesses sind wir der Tageszeitung. Daß Würzburger Betriebsleiter nicht unter dem Zweckdruck verharren, ist eine wichtige Erfahrung. Nach der Seite der betrieblichen Größe wurde ein Mühlenbetrieb, bei dem es höher 4,50 A. erzielt für 2 A. werden kann, sofort entlassen. Da die Kosten, insbesondere Mühlenbetrieb sind, nun endlich Mühlen hergestellt, erfordern wie die Kollegen, und kostspielige Verhandlungen der Gewerbeaufsicht verhinderten, sondern sie so lange zu halten, bis letztere Zulassung gegeben und dann möglichst schnellste Fertigstellung des Mühlenbetriebes.

Wieder. Sie waren überzeugt! Sie sagten über sich
selbst nichts nicht mehr. Das Dragen der „Schärfe“ in Deutschland
wurde in Nr. 12 in einem Bericht der von England geführten
Kontrolle zur Geschwister-Gesundheitsversicherung. Das war ein Bericht
mit einer Tabelle von 20-3 pro Woche die Wiedergaben für 20
verschiedene Haushaltungen nach Abzug der freien polizei-
lichen Kosten zu werden, gegen weitere Gebühren für Schärfe
nicht. Es ist dies eine hohe Summe. Der Betrag gleichzeitig
nicht zum eigenen Nutzen, wodurch die leichte Geschwindigkeitssteigerung
der anderen Verbraucher bedeutsame Veränderungen des Gleich-
gewichts und weiteren Wohlstand nicht wird. Es ist in diesem

der hat jüngst Statut des christlichen Verbandes, sowohl die Unterhaltungsunterstützungen in Betracht lassen, ein solches Wohltätigkeitsverein und Gesetz war. (Nicht besser die Straßenunterstützung in Stettin und so weiter veranlaßt ist.) Man glaubte eben früher, daß durch die Mitglieder unseres Verbandes Übervi zu tun sei. Deswegen die Mitglieder unseres Verbandes über zu tun. Deswegen die Ausgaben der Mitglieder blieb aber aus und es mußte zu dieser Operation, der Verschönerung der Unterstützungsanstalten, eingegriffen werden, um den Beziehungen nachzuhören zu können. Und das Resultat? Man läuftet allzeit. Auch das Ortsstatut unseres Verwaltungsteiles muß behalten. Die Tatsache, daß wir lieber aber dessen Mitgliedschaft ein Sterbegeld erhalten, das nach einjähriger Mitgliedschaft 100 M beträgt und nach zehnjähriger auf 200 M steigt, veranlaßt von guten Mann in Duisburg zu moralischen Entschlüssen. Sei unbesorgt, lieber Bruder in Christo! Die Verwaltungsteile Wiesfeld mit ihren 7000 Mitgliedern hält ihre Verpflichtungen. Sie hat im Jahre 1908 aus lokalen Mitteln 10 884,10 M Arbeitslosenunterstützung, 9000 M Sterbegeld bezahlt, ohne die Ausgaben für andere Zwecke. Wir wollen auch noch verraten (hoffentlich stirbt er nicht vor Freude), daß sich der Volksfonds trotzdem noch um 16000 M erhöht hat. Doch holt! Wir glauben, die moralische Pause des Christenblattes richtet sich gar nicht gegen uns. Vor uns liegt nämlich das Ortsstatut des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes für die Verwaltungsteile Wiesfeld und angeschlossene Sektionen. Fast wördlich ist dieses, soweit die Unterstützungen in Betracht kommen, von unserem Ortsstatut abgeschrieben worden. Es sind zwar nur 100 M Sterbegeld vorgesehen (eine weitere Steigerung wie bei uns), wir glauben aber, daß die moralische Pause gegenüber der eigenen Verwaltungsteile ganz angebracht ist, denn bei circa 150 Mitgliedern ist es nicht möglich, die eingegangenen Verpflichtungen auch zu halten. Im Handelsberuf nennt man so etwas unlauteren Wettbewerb".

Chemnitz. In einer Metallarbeiterversammlung am 19. März im Schützenhaus referierte der Kollege Stäuse über die Lohnsituation der Chemnitzer Metallindustriellen. Er wies hin auf die große Zahl der Arbeitslosen, die die vom Jahre 1908 fast um 60 Prozent überstiegen. Die schlechte Konjunktur nötigte die hiesigen Metallindustriellen weidlich aus, um die Zeitschüsse, vor allem aber die Allorendpreise zu drücken. Da, vom Betriebsverband sei sogar eine Rufforderung an die einzelnen Fabrikanten ergangen, die jetzige siebenjährige Geschäftskonjunktur zu konsolidieren, die Löhne noch weiter herabzudrücken. Es sei dies um so mehr zu bedauern, als es die Abgeordneten der bürgerlichen Klasse waren, die mit aller Macht für die jetzige Volkspolitik eingetreten seien, wodurch die Lebensmittel so außerordentlich in die Höhe geschraubt worden sind. Der Referent zeigte an der Hand des Chemnitzer Marktberichtes und nach den Angaben der Statistischen Korrespondenz die Marktpreise aus 60 Ortschaften. Danach überstiegen die Preise für Lebensmittel in Chemnitz die Durchschnittspreise in verschiedenen Waren bedeutend. Für die Arbeiterschaft sei dieses um so betrübender, weil nach dem Statistischen Jahrbuch des Königreichs Sachsen für das Jahr 1907 von den vier sächsischen Großstädten: Leipzig, Dresden, Chemnitz und Plauen das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung in Chemnitz am niedrigsten ist. Auch sei durch eine Statistik, die vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf Veranlassung der Kommission für Staffelbeiträge aufgenommen ist, nachgewiesen, daß unter fünfzehn Großstädten mit über 200 000 Einwohnern Deutschlands in Chemnitz die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Selbst in mittleren und kleinen Orten werden höhere Löhne gezahlt als in Chemnitz. Der Referent wies noch hin auf die Lohnreduktion bei Seitenharr & Böhme. Auf Veranlassung dieser Firma seien 31 Leute, die die Arbeit nicht für den niedrigen Lohn machen wollten und dieserhalb Feierabend machten, auf die schwarz Liste gesetzt worden. Bei Gebildbuben seien auch die Preise bedeutend herabgesetzt worden. Es gelang aber dem Ausschuß, durch Verhandlungen die günstigsten Preisherabsetzungen abzuwenden. Nur den Schraubenschneidern wollte man den reduzierten Preis um etwas erhöhen, weshalb diese Leute Feierabend machen. Der Ausschuß suchte auch in dieser Sache zu handeln und es gelang auch hier, die fiktivmäßige Reduktion zu korrigeren; es wurde vereinbart, daß alle Schraubenschneider, wenn sie jah der nächsten Zog meldeten, wieder anfangen könnten. Als diese Personen dann aber hinzukamen, wurden sie vom Meister Braack zurückgewiesen, obwohl der Chef mit dem Ausschuß die Biedereinstellung bereitstellt hatte. Der Referent wies noch darauf hin, daß auch bei Ilshorst in den letzten 1½ Jahren die Allorendpreise um 10 bis 15 Prozent herabgesetzt worden seien und bei Geb. C. Gähne von 27 bis 32 ½ pro Stunde gezahlt werden.

Ungeschlüssige Lohnabrechnungen werden gemacht bei Seiffert & Donner, Schubert & Salter und anderen Betrieben. Bei Grünbert & Salter ist es der Vorsteuemeister Dedeck, dessen Verfahren dahin geht, die Abfördervolumen jahrtags zu dividieren, daß im Durchschnitt nur 30 L pro Stunde verdient werden. Es ist hier vorgeschlagen, daß ein Arbeiter in 10 Stunden 1,93 M verdiente. Bei Seiffert & Donner hat ein Arbeiter, der in einer Woche 17 Arbeitstage erhalten hatte, in der nächsten Woche, was ihm 1,95 M für Verdienstentnahmen abgezogen wurden, noch 5 L an Lohn angeschuldet bekommen. Dazu kommt noch, daß der Arbeiter pro Woche 3 M Zulage für die Eisenbahn gekauft. Auch bei dem Unternehmen Siegel & Högl werden verschiedene Abhängigkeiten gemacht, es ist auch hier vorgeschlagen, daß ein Mann, der zwei Wochen gearbeitet hatte, keinen Lohn ausbezahlt erhält. Da diesem Betrieb befindet sich eine Schuhfabrikation in einem Raum, wo keine Ventilationsanordnung eingerichtet ist und auch kein Fenster ins Freie führt. Schon zweimal ist im vorigen Jahre bei der Gewerbeinspektion im gleichen Betriebe geprüft worden und auch der Arbeitermeister hat eine Verbesserung von der Betriebsleitung gefordert, aber geschahen ist noch nichts. — In der Distibution wurden die Ausprägungen des Steuerates noch ergänzt und eine große Anzahl von Betrieben beauftragt über unangefangene Betriebsvereinbarungen über das Recht zum Gartenerben- und Spezialzulagen, sowie über unangefangene Belebung dieser Röume. In der Maschinenfabrik von Grauer & Graff vermaßlichte ein Richter später. Die Betriebsräten hat der Richter in seiner Bescheidung, im August eingefügt. Als der Betriebsräte bzw. seinen Kollegen vorhin konfrontiert wurden war, konnte man den Richter nicht finden, so daß die Arbeiter gespannt waren, eine Besprechungszeit eingefügt zu bekommen. Folgende Resolution wurde einstimmig zur Annahme: Die Räte im Schuhherstellergruppe und im Betriebsarbeiterverband erachten das den Ausführungen des Steuerates, daß die hiesigen Betriebsvereinbarungen mit der Lohnrichtlinie durchaus kompatibel seien. Das bedeutet die Betriebsvereinbarungen in einer Betriebsgruppe aufzuheben und daß verhindert werden soll, daß Gruppen bestehen, die bedingt eine Belebung der Werke gewünscht hätten, damit größere Unfälle verhindert werden. Die Belebung wird nicht erlaubt, daß die Unternehmer den Arbeitern unter keiner ungefährlichen Abhängigkeit vom Lohn versprechen und erwartet, daß die Unternehmer in allen betreffenden Fällen gegen die Unternehmensklausur bestehen. Die Betriebsräte sind ja aber bestimmt, daß niemand vor ihnen geschulzte Betriebsräte bzw. den hiesigen Betriebsarbeiterverband gekauft werden, wenn die Unternehmer durch den Stand der Organisation dazu gezwungen werden. Angeführte dieser Betriebsräte erwartet die heutige Sozialarbeiterverband, daß alle in der Betriebsarbeitergruppe beschäftigten Arbeiter, soweit es möglich ist, erhalten, die Mitgliedschaft erwerben im Demokratischen Gewerbe, um so gewissem für gerechte Zustände in den hiesigen Maschinenfabriken und Eisenwerken sicher zu sein.

Kunst. Stephan i. Ebd. Herr Kirchberger ist Schöpfer einer
Sgraffitostücke, verziert mit Stuckierpollenbou und Ros-
schlössern. Er, der sich vom Arbeitervon Universitäter entwicke-
let, verleiht nicht nur von seinen farbenreichen Sgraffiten
einen Geschäftsvorstand von 120.000 Goldstückige Bezahlung frem-
der Sprüche, er zeigt es auch aufgelegten Schloßern einer Stadt
Lübeck von 18.000 angeleitet. Seine farbenreichen Bezahlungen verschaffte
er sich aus Italien, einen Stuckator holte er kirchlich aus Genf
herum, der bei seinem Eintritt Schlossarbeiten für einen Elenden

1,5 Stunden gegen 8-10 verbraucht. Das hat Gleichheit ergeben, und
während der letzte jährliche Betriebszeit bei dem Betrieb
durchschnittlich zwei bis drei Stunden, schrieb er, ohne daß die Arbeiter
nur im Betriebszweige standen, wie Kirschberger, sofort nach diesem zu
lassen. Überhaupt ist es die Gesetzgebendheit ausschlaggebend. Gleichzeitig
die ein Metallgen ausgestoßen haben, ohne Wertvort zu haben zu lassen,
ist die Schwerarbeitszeit bei Verdienstzahlung entsprechend, so sehr
erhöhtlich. Während die Mittelarbeitszeiten für gewöhnlich 11 bis 12,5
stunden betragen, beträgt der Glanzarbeitszeit höchstens 25 bis 30 st. Ausnahmen
außer Acht nur bei Verabschaffung der Glanzarbeitszeit üblich, da diese
nicht vom Leben abgezogen werden. Zu übrigen werden sie nicht direkt
ausgehalten, da auf die Aussfordersetzung des Werftfahrsatzes bis die
Arbeit oftmal schon früher ausgenommen werden muß. Vor-
ausgangenden uneingerichteten Schlossern wird angemutet, ohne daß
man halbwegs genügendes Handwerkzeug geliefert wurde, sofort
Kordarbeit zu verrichten, bei der sie dann unter diesen Umständen
nicht erschienen können. Über die Verhältnisse der Lehrlinge wäre
viel zu sagen, da diese hauptsächlich im Spanzen und Fassenanstreichen
ausgebildet werden. Hauptsächlich handelt es sich aber um die
Lohnzahlung der Arbeiter. Sind die Lohnsätze schon sowieso nicht
bescheiden, so hat Herr Kirschberger noch die schone Gesetzesfreiheit,
da ein und dieselbe Arbeit den einzelnen Arbeitern ganz verschiedene
Löhne zu zahlen, eine Gesetzesfreiheit, die vor dem Arbeitern nicht
bewilligt wurde, da sie den Aufhang einer Lohnabelle in den
abrikräumen verlangten. Begreiflicherweise stieß dieses Verlangen
auf den Widerspruch Kirschbergers, der sich schließlich, wenn auch
nicht zu Verhandlungen, so doch zu der Erklärung herstellte, daß es so
etwas nicht gäbe. Nun, schon mancher hat sein festes Mein in ein
paar verwandeln müssen, und daß diese Zustände in der Kirschbergerschen
abrik nicht in Ewigkeit weiterbestehen werden, wird die Ausgabe
der Arbeiterschaft sein. Die Kollegen mögen bis auf weiteres diesem
Silvadoro aus dem Wege gehen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen,
im Kontor hinausgeworfen zu werden, wie es dem Senftenberger
Installateur erging.

Koblenz. Die Interessellosigkeit der hiesigen Metallarbeiter ist sehr groß, deshalb macht unsere Bewegung nur langsam Fortschritte. Die meisten Arbeiter ziehen es vor, Mitglieder von Altimbir und Puravvereinen zu werden, statt sich bei Gewerkschaftsorganisationen anzuschließen. Es wird aber immer geplagt über die schlechten Verhältnisse. Und da muß denn leider gesagt werden, daß ein Teil unserer Mitglieder der Ortsverwaltung die Arbeit allein überläßt. Selbst ältere Kollegen befunden nicht genügendes Interesse. In Koblenz und Umgegend sind jetzt 25 000 Metallarbeiter beschäftigt, die der Organisation noch fernstehen. Solange diese nicht zur Einigkeit kommen, wird es hier nicht besser werden. Deshalb fordern wir unsere Mitglieder auf, regen Anteil an den Organisationsarbeiten zu nehmen, die Indifferenter aufzulösen und sie zum Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu ermuntern. Bilden wir eine kompakte Masse, dann werden wir auch unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern imstande sein. Also vorwärts!

Bassan. In der Bassauer Maschinenfabrik von Jacob Welz herrschen gerade nicht die besten Verhältnisse. Der Herr Ingenieur Abt und der Gießermeister Dürk sollen die Arbeiter mit manchem lebenden Wesen eines zoologischen Gartens verwechseln, und Kosename wie Schafstopf, Deb, Murtser ic. sollen an der Lagesordnung sein. Herr Abt scheint aber auch sonst ein sehr liebenswürdiger Herr zu sein, denn er hat vor kurzem einen jugendlichen Arbeiter in einem Flusß von Nächstenliebe mit einigen Ohrengeigen traktiert. Ein Lehrling des Betriebes sandte einem Arbeiter eine Wisskarte; als sich dieser dies am nächsten Tage verbat und der Lehrling dabei noch unrech war, gab ihm der Kollege eine Ohrengeige. Die Sache kam vor die Chefs der Fabrik und der Kollege soll nun für seine Tat damit büßen, daß er, der 2,50 M. Lohn pro Tag verdient, einen Monat lang pro Tag 50 Z. Abzug erhält. Hätte schließlich der Kollege anders handeln können, so muß das System des Bestrafens doch als sehr eigentümlich betrachtet werden. Wir hoffen, daß dieser Missstand beseitigt wird. Die Besitzer der Fabrik, die sonst als ganz loyal angesehen werden, sollten derartige Missstände in ihrem Betriebe nicht dulden. Den Kollegen in dieser Fabrik aber, die unseren Rufen noch fernstehen, rufen wir zu: hinein in die Organisation, denn nur Einigkeit macht stark.

Rundschau.

Stenbystag

Die Berichtswoche brachte im Reichstag ungewöhnlich wichtige Verhandlungen, deren Schauplatz allerdings nur zum Teil die Vollversammlung, meistens das Zimmer der Budgetkommission war. Die Erörterungen nahmen ihren Ausgang von einigen Bemerkungen des englischen Premierministers Asquith im Londoner Unterhause. Er hatte dort erklärt, im vergangenen Sommer habe die englische Regierung der deutschen vertraulich das Anerbieten gemacht, in Verhandlungen über eine Einschränkung der Seerüstungen einzutreten. Die deutsche Regierung habe sich indessen ablehnend verhalten. Der deutsche Marineminister, Admiral v. Tirpitz, nach dem Grunde eines solchen auffälligen Verhaltens der deutschen Regierung gefragt, erklärte, er wisse überhaupt nichts von solchen englischen Anerbietungen. Es liegt auf der Hand, daß die Volksvertretung sich mit einer bestätigten Erklärung nicht zufrieden geben könnte; die Budgetkommission verlangte deshalb, daß unverzüglich der Reichskanzler zu ihren Verhandlungen eingezogen werde, um Auskunft über die Beziehungen Deutschlands zu England zu geben. Aber der Reichskanzler, der immer dem Grundsatz huldigt, daß man weit vom Ziel sicher voran Schuß sei, kam nicht selbst, sondern schickte nur einen Brief, worin zu lesen stand, er habe jetzt gerade keine Zeit, sich mit der Budgetkommission zu unterhalten, aber der Staatssekretär v. Schön werde ihr einen Besuch abstatten und dort über die vorgelegte Frage soweit Auskunft geben, wie er es für richtig halte. Die Budgetkommission antwortete auf diese Dreistigkeit dadurch, daß sie die Beratung des Marinerats unterbrach und lehnte den Entwurf des Reichskanzlers auf ihr Programm seite; so zwang sie die Regierung zum Sprechen. Allerdings erschien auch jetzt der Reichskanzler nicht selbst, wohl aber sein Vertreter und erklärte, die englische Regierung habe zwar ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung über Umfang und Kosten des Flottenprogramme in allgemeiner Weise zu erkennen gegeben, aber keinen formellen Antrag gestellt. In den unverbindlichen Gesprächen, die über diese Frage zwischen maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten gepflogen worden seien, sei niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach deutscher Auffassung als Grundlage für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflege man keine formellen Anträge zu stellen, wenn man über ihre Absichten zweifelhaft sei; aus diesem Grunde habe wohl die englische Regierung unter dem Eindruck, den diese ersten allgemeinen Gespräche bei ihr hervorgerufen hätten, von einem formellen Antrag abgesehen. Der deutsche gesetzlich festgelegte Flottenbau sei ausschließlich nach dem Schutzbedürfnis des eigenen Landes bemessen und stelle keinerlei Bedrohung eines fremden Staates dar.

Wir stehtt nob der Vertreter der Sozialdemokratie, Abgeordneter Singer, gegen diese Erklärungen hervor, es sei der Regierung ein schwerer Vorwurf daraus zu machen, daß sie nicht versucht habe, mit England eine Versöhnung zugunsten zu bringen; sie betreibe eine Politik der Zweideutigkeit, die nicht im Interesse des deutschen Volkes liege, das allseitig von dem Wunsche beseelt sei, mit England zur Versöhnung zu gelangen und im Frieden zu leben. Wir sind sicher, daß diese Worte in den weitesten Kreisen des Volkes lebhafte Anerkennung finden werden, weil sie in der Tat der Stimmung der

Waffen aufzuheben. Die Regierung hat geschafft bis zum Ende des Kriegs verhindert, daß sie mit einer kleinen Flottengesetz vorliegende Pläne befehlte. Wir stellen uns vor, daß die Regierung und parlamentarische Untersuchungen mit bestem Informationswissen, daß der Kriegstermin bestimmt im Sommer 1908, der junge Staatsminister Alfred Geiger, genau seine politischen Verpflichtungen, ein durchaus ehrlicher Friedensfreund ist, der sich die Kraft zutraum barfie, im englischen Ministerium für eine Währung die Wehrhaft zu gewinnen. Es muß aber auch seiner betont werden, daß die Gründung der deutschen Regierung bisfern eine Unanständigkeit enthält, als in der Tat heute der deutsche Flottenbau nicht mehr im Rahmen des Flottengesetzes vor sich geht; zwar werden nicht mehr Schiffe gebaut, als nach den Plänen bis zum Jahre 1917 fertiggestellt werden sollen, aber jedes einzelne der neuen Schiffe ist unbedingt dreimal so stark, als man beim Erlass des Flottengesetzes vorausgeschenkt hatte; daß kommt schon im Preis der Neubauten deutlich zum Ausdruck; bei Erlass des Flottengesetzes hat man den Preis eines Dampfschiffes mit etwa 18 bis 18 Millionen Mark angeschlagen, während er sich heute in der Tat auf etwa 88 bis 92 Millionen Mark stellen wird. Insosfern liegt ein Urteil für England vor, sich nach der Gestaltung des deutschen Flottenbaus zu erkundigen. Aber auch für uns liegt ein Urteil vor, mit England zu einer Versöhnung über die Einschränkungen der Rüstungen zu gelangen, weil wir die Steigerung der Flottenkosten in bisherigen Verhältnissen nicht ohne eine bald eintretende völlige Zerstörung der Reichsfinanzen ertragen könnten.

Für die Neuordnung der Reichsfinanzen, die immer noch nicht weiter vorgeschritten ist, hat sich nunmehr eine wichtige Neugruppierung ergeben. Die Schwierigkeiten einer Verständigung zwischen den Liberalen und den Konservativen über die indirekten Steuern und ihr Verhältnis zu den direkten haben sich in dem Maße gesteigert, wie man in die Sache selbst eindrang. So ist es bei der Beratung des Braunkohlensteuergesetzes zu einem offenen Konflikt gekommen; die Junker wollen unter allen Umständen die sogenannte Liebesgabe aufrecht erhalten, das ist ein Zusatz aus der Reichskasse an die landwirtschaftlichen Fesselbrenner; die Linksliberale können diese schmähliche Verschleuderung öffentlicher Gelder an eine Handvoll bevorzugter nicht mitmachen; die Stellung der Sozialdemokratie ist gegeben, sie opponiert dem ganzen Steuergesetz, im besonderen aber der Liebesgabe. Die Entscheidung liegt bei dem Zentrum auf der einen Seite und bei den Nationalliberalen auf der anderen Seite. Das Zentrum sucht den Block zu sprengen und mit den Konservativen eine neue Regierungsmehrheit zu schaffen; die Nationalliberalen wollen die Politik so treiben, daß ein Verbleiben der Freiheitlichen im Block ermöglicht wird. Angeblich im Interesse der süddeutschen Brennindustrie traten, gestärkt durch rücksichtlose Erklärungen der süddeutschen Regierungen, die Zentrumsänner für die Erhaltung der Liebesgabe ein, während die Nationalliberalen erklären, sie würden das Gesetz nur in einer solchen Form annehmen, die auch den Freiheitlichen eine Zustimmung ermögliche. Dieser Konflikt spätete sich so weit zu, daß am Nachmittage des 24. März der Führer der konservativen Partei, der Abgeordnete v. Normann, den liberalen Mitgliedern des Blocks die Freundschaft in aller Form aufländigte, wenn sie nicht sofort zu einer Bewilligung der Liebesgabe einschwören wollten. Das Berliner Tageblatt konnte sogar am 25. März melden, daß der konservative Graf v. Schwerin-Löwitz Bülows Zusicherung in der Tasche habe, er werde auch mit einer aus Konservativen und Zentrum gebildeten Mehrheit des Reichstags weiterregieren. So der Stand der Dinge, während wir diese Zeilen schreiben; am 25. März war keine Reichstagssitzung, der Tag wurde vielmehr von den Blockführern zu eifrigeren Verhandlungen benutzt, über deren Ausgang später zu berichten sein wird.

Zu welchen Uneinigkeiten die vorvorrechte Lage der Reichsfinanzreform drängt, ergibt sich aus dem neuesten Kompromißvorschlag, wonach 500 Millionen Mark in folgender Form aufgebracht werden sollen: 25 Millionen Mark durch Erhöhung der Matrikulabebürte, 100 Millionen Mark durch eine Besteuere, 100 Millionen Mark Brauferuerhöhung, 100 Millionen Mark Brunnweinsteuererhöhung, 50 Millionen Mark Tabaksteuererhöhung, 40 Millionen Mark Kaffeegölzerhöhung, 15 Millionen Mark Zündholzsteuer und 70 Millionen Mark durch Aufrechterhaltung der bisher bestehenden Zuckerbesteuerung, sowie Ausdehnung der Fahrkartensteuer auf die vierte Klasse.

Der Vollständigkeit wegen erwähnen wir noch nachträglich zu unserem Bericht über die Verhandlungen beim Militärtat, daß dem Kriegsminister, dem offenbar im übermum das Fell juckte, eine gehörige Abreibung durch den Abgeordneten Dr. Frank zuteil wurde; Frank räubte diesem Herrn vorerst die Lust, weiterhin die landesüblichen Feld-, Wald- und Wiesenverleumdungen gegen die Sozialdemokratie mit Hilfe eines Saches voll frischer Sätze im Reichstage vorzutragen. Noch eine solche Massage und selbst Herr v. Einem dürfte dauernd fürtzt sein.

Aus den Abrechnungen der Gewerkschaften.

Gewerkschaft	Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres		Gewinne	
	1907	1908	1907	1908
Bäcker	17903	18786	165753,41	135521,23
Brauereiarbeiter	88177	93279	879213,26	704496,80
Buchbindere	22059	22817	132560,45	192276,30
Gastwirtschaftsbilzen	6702	6796	70509,93	78215,01
Gemeindearbeiter (buchmäßige Mitglieder)	26207	29916	?	?
Gemeindearbeiter (zahld. Mitglieider, nach der Beitrag leistung berechnet)	22641	24378	214640,39	351219,08
Lagerhalter	1953	2140	36065	45769,88
Sattler	7010	6664	117377,43	125087,70
Stoffwaren	7993	6685	185382,76	175292,70
Tapezierer	8479	7844	83711,43	115487,15
Zimmerer	59272	49296	1610232,65	1805795,88

Gewerkschaftshaus in Mannheim.

Das Mannheimer Gewerkschaftshaus erfordert uns um Aufnahme folgender Mitteilung:

Den Verbandskollegen teilen wir mit, daß unser früherer Gewerkschaftshauswart Louis Weigel vom 1. April an am neuen Gewerkschaftshaus F 4, 8 bis 9 übernimmt. Derselbe verpflichtet sich, gutes Lagerbier, hell und dunkel, reine Weine, ebenso bei möglichen Preisen eine vorzügliche Küche, Mittag- und Abendbisch zu verabfolgen. Ferner werden den reisenden Kollegen gut eingerichtete Fremdenzimmer, Betten von 30 g. an, sowie den Herren Gauleitern, Delegierten und Referenten separate Zimmer bis zu 1. N. befreit empfohlen. Bäder im Hause.

Beugnagierte Döser der Magdeburg.

Unsere Notiz unter der gleichen Überschrift in der vorigen Nummer ist folgendermaßen zu ergänzen:

Eine Entscheidung des bayerischen Justizministers vom 10. März 1909 bestimmt folgendes:

a) Der Fabrikarbeiter zwölf Margarete Döser (die drei Wochen Gefängnis erhalten hatte, Red. d. M.-Ztg.) in Leubus wurde eine Verhängungsstrafe nicht bewilligt.

b) Der Gewerkschaftsbeamte Max in Leubus, Leiter eines Hauses in Leubus, dem letzten Gewerkschaftsbeamten Georg Metz in Welsbach a. R., dem Buchdrucker Wilhelm Schmid in Welsbach, Georg Schmid in Leubus, Friedrich Schmid in Magdeburg, August Schmid in Beeskow, der Fabrikarbeiterin Katharina Stein in Leubus, Maria Fischer in Leubus, wurde eine Verhängungsstrafe bis zum 1. Dezember 1912 bewilligt.

c) Es in der Verbüßung der Strafe begriffenen Fabrikarbeitern: Albert Horster, Peter Sieger und Georg Metz von Münchhausen, Peter Weier von Gaffendorf, Ferdinand Fischer und Joh. Beißlitsch, Fischer von Leubus und dem Leubner Job. Etzner von Münchhausen wurde die Unterdrückung der Strafhaft und Bewährungsstrafe auf die Dauer von fünf Jahren bewilligt.

d) Es wurde angeordnet, daß bezüglich der Fabrikarbeiter: Peter Metz, Joseph Lehner und Joh. Metz in Münchhausen, Eg. Schmidt in Welsbach a. R., Joseph Wiersack, Peter Berger, Eg. Fischer, Xaver Wiersack und Eg. Rothbüt in Leubus nach Verbüßung der Strafhaft über ihre Führung am Strafamt, bezüglich der Fabrikarbeiter Franz Ehrenreich in Münchhausen, Joseph Mengel in Magdeburg, Karl Helmeyer in München, Baptist Gebhard in Welsbach, Georg Neumüller in Polycan und Xaver Tillas in Leubus nach Verbüßung von zwei Drittel der Strafzeit über ihre Führung am Strafamt.

e) Bezüglich der in der Strafvollstreckung begriffenen Johann Himmelhuber, Michael Graf, Georg Ruttens, Jacob Schmidt, Georg Hablitzel und Franz Stück nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafzeit über ihre Führung am Strafamt Bericht an höchster Stelle zu erstatten ist.

Bezüglich der Fabrikarbeiter Joseph Eibl und Joseph Ugtmann in Saltendorf, Jacob Wedeler in Münchhausen und Joseph Wellhamer in Leubus wird eine weitere Entschließung ergehen.

Damit sind sämtliche Verurteilte bis auf die Witwe Döser befreit begnadigt, oder es ist ihnen die Begnadigung bedingt in Aussicht gestellt, wenn sie sich während der angegebenen Frist keine strafbare Handlungen zuschulden kommen lassen. Die Begnadigung erstreckt sich auf die vollständige Strafe oder auf einen Teil der verhängten Strafe.

Die fränkische Tagespost (Nr. 70 vom 24. März), der wie diese Mitteilung entnehmen, bemerkte noch dazu:

„Um irrtümlichen Gerichten entgegenzutreten, die namentlich von Zentrumspolitikern propagiert werden, tellen wir mit, daß die Begnadigung lediglich auf das Gesuch der drei Verteidiger zurückzuführen ist. Die Angeklagten selbst hatten ein Gesuch um Begnadigung nicht eingereicht.“

Der Bund der technisch-industriellen Beamten.

Gegen den sich bekanntlich im vorigen Jahre der bekannte Geheimrat der bayerischen Metallindustrie richtete, hat im Jahre 1908 sehr gute Fortschritte gemacht. Sein Mitgliederbestand ist um 2244 Mitglieder und 532 Hospitanten (Studenten) gewachsen, so daß sich für Ende 1908 eine Gesamtzahl von 18002 Mitgliedern und 785 Hospitanten ergibt. Daß der Bund trotz des oben erwähnten Angriffs, der ihn zur Erhebung einer Extrasteuer von 6 M pro Mitglied nötigte, und trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise eine so günstige Entwicklung genommen hat, darf wohl als ein gutes Zeichen für seine Zukunftsaussichten angesehen werden. Während der Bund am Ende des Jahres 1907 an 112 Orten mit 77 Ortsgruppen und 25 Zentralstellen vertreten war, zählte er am Ende des vorigen Jahres 160 Verwaltungsstellen. Die größte Verwaltungsstelle ist nach wie vor Berlin mit 3347 Mitgliedern. Diese Ortsgruppe hatte im Berichtsjahr eine schwere innere Krise durchzufügen; ihre günstige Entwicklung — eingetreten sind 950, aufgetreten 684 Mitglieder — zeigt, daß sie den Konflikt gut überstanden hat. Das Vermögen des Bundes beträgt circa 200000 M. Als charakteristische Zeichen für die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1908 kann man die Tatsache ansehen, daß der Bund für Unterstützung von Stellungslosen an 358 Stellungslosen nicht weniger als 35445,08 M ausbezahlt hat. Bezeichnend für die ungünstige rechtliche Lage der Privatangestellten ist es auch, daß der Rechtschutz des Bundes im Berichtsjahr einen Aufwand von 14000 M erforderte. Es wurde im Laufe des Jahres 123 Prozeß geführt; die Summe der ertrittenen Gehalt betrug 21376 M, die Zahl der ertrittenen Zeugnisse 21, die ertrittenen Rechtsauftakte beliefen sich auf 1500.

Verband für autogene Metallbearbeitung.

Am 16. März hatten sich in Stuttgart 22 Herren zur konstituierenden Versammlung des Verbandes für autogene Metallbearbeitung zusammengefunden. Es waren dort anwesend Vertreter der Wissenschaft, ferner solche von Firmen, die sich mit der Fabrikation und dem Vertriebe von Apparaten für die autogene Metallbearbeitung befassen und von solchen Firmen, in denen Betrieben dieses Verfahrens praktisch angewendet wird. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde gewählt Herr Professor L. Bantlin, Vorsitzender der Abteilung für Ingenieurwesen an der Technischen Hochschule zu Stuttgart. Herr Ingenieur Theo Kautny aus Rodenkirchen bei Köln hielt zunächst einen Vortrag über die Entwicklung der autogenen Schweißung in Deutschland und die Aufgaben der Organisation. Der Redner befürchtete die Entwicklung dieses Metallbearbeitungsverfahrens, die Schwierigkeiten bei Beschaffung geeigneter Apparate und die Mängel des Prüfungsvorfahrens. Die Abwicklung dieser Probleme ist aber den bisher vorhandenen Organisationen nicht möglich; es bedarf dazu eines besonderen Verbandes, der geeignet ist, alle Interessen an der autogenen Metallbearbeitung zusammenzufassen. Der Verband muß sich aber ferner noch die Ausbildung von geeigneten Schweißern angelegen sein lassen. Dies ist um so notwendiger, als man die Arbeit nicht immer genau kontrollieren kann. Eine weitere Aufgabe ist die Schaffung einer Auskunftsstelle und eines Verbandsorgans. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müßte der Verband eine rein technische Organisation bleiben und volle Parteilosigkeit bewahren.

Die Gründung des Verbandes wurde beschlossen. Sein Sitz ist in Stuttgart. Außer einer Anzahl von Firmen, die sich als genannte Gründungsmitglieder gemeldet hatten, lagen auch schon die Anmelbungen von 73 Personen und Firmen als ordentliche Mitglieder vor. Zum Verbandsorgan wurde die von Ingenieur Bantlin herausgegebene Zeitschrift Autogene Metallbearbeitung bestimmt. Mitglied kann jede Person oder Firma werden, die an der autogenen Metallbearbeitung Interesse hat. Gründungsmitglieder zahlen jährlich 100 M Beitrag, ordentliche Mitglieder zahlen jährlich 20 M. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: Professor L. Bantlin als erster Vorsitzender; Professor Schmidt, Direktor des Technikums Ulmencu, als zweiter Vorsitzender; Direktor G. von der Firma Gustav Kunze in Göppingen als Schatzmeister; Ingenieur Theo Kautny als Geschäftsführer; ferner als Beiräte: Professor Dr. Karl Scheel von der Physikalisch-technischen Reichsanstalt in Charlottenburg, Karl Schröder, Überzeugungs- und Profurist der Huldschinshwerke in Gleiwitz, Dr. Nicolaus in Görlitz, Chemiker in Charlottenburg und Dr. Hilpert, Privatdozent an der Technischen Hochschule in Charlottenburg.

Über die in Aussicht genommenen Lehrkurse erkannt sich eine längere Debatte, die damit endete, daß eine Kommission gewählt wurde, die die Vorarbeiten dazu ausführen soll. Eine Begnadigung der Lehrkurse entsprach sich einer Kommission gewählt. Ein Anschluß an diese Versammlung fand unter der Leitung des Herrn Baudirektors v. Bach eine Beleidigung des Ingenieur-Laboratoriums und des Materialprüfungsanstalt der Technischen Hochschule statt. Darauf wurde auch von dem Herrn Ingenieur Bantlin ein sehr interessanter Vortrag über die in dieser Hinsicht vor genommenen Untersuchungen von autogenen Schweißungen gehalten.

Dieser neue Verband verfolgt einzig und allein technische Zwecke. Aus diesem Grunde steht auch Arbeiter der Eintracht frei, obgleich seine Mitglieder bis jetzt in der großen Wirtschaft unternehmer sind. Da aber die Mitglieder die sehr lebhafte Ver-

handlungsfreude und ehrliche Bereitwilligkeit haben, von der Wissenschaft unabhängige Maßnahmen über die einzige Wirtschaft befinden, die für sie kein Raum, ihre Ausbildungsfähigkeit und jenseitiges Wirtschaftsleben müssen, kann dies nicht ausreichen. Weitere Rücksicht über den Verband erfordert insgesamt für eine Woche Unterstützung. In der daraus folgenden Woche kam er wieder nach dem Verbandsbüro, um nochmals die ihm nicht gegebene Unterstützung zu erheben. Der Verbandsbeamte weigerte sich aber, ihm die Unterstützung auszubezahlen und forderte die an ihn zu Utrecht gezahlte Summe wieder zurück; auch machte er den Klein auf das Verantwortliche seiner Handlung aufmerksam. Klein schied darauf an den Geschäftsführer eine Postkarte, worin er drohte, daß er bei der Firma Karl Ludwig Schmidt sofort in Arbeit treten würde, wenn er keine Unterstützung mehr erhalten würde. Da Klein sich aber in Vorauftakt dessen, daß er bekannt würde, daß er arbeite, keine Unterstützung mehr erhalten würde, noch vorher 20 % auf die ihm zustehende Ausbildungsumunterstützung hatte geben lassen, so wurde gegen Klein Strafantrag wegen Betruges gestellt. Am ersten Verhandlungstermin vor dem Amtsgericht Oberstein am 16. Dezember 1908 erweiterte das Gericht das Verfahren gegen Klein auch noch auf den Fall des versuchten Betrugs, da der Angeklagte wissen mußte, daß er keinen Anspruch auf Unterstützung habe, wenn er anderweitig in Dohnarbeit siehe und doch noch ein zweitesmal zur Erhebung der Unterstützung auf dem Verbandsbüro erscheinen sei. Trotz der eingehenden Beweiserhebung, durch die dem Angeklagten nachgewiesen wurde, daß er sich seiner verantwortlichen Handlung hätte bewußt sein müssen, sprach ihn aber das Amtsgericht frei und legte die Kosten der Staatskasse auf. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung beim Landgericht Saarbrücken ein und dieses beschäftigte sich darauf am 4. März nochmals mit der Sache. Der Angeklagte behauptete hier durch seinen Anwalt, um Stimmen für sich zu machen, daß er nur unter der Drohung mit Schlägen in den Metallarbeiter-Verband hineingezwungen worden wäre und daß der Verband eine rein politische Organisation sei. Über alles das reichte ihm dennoch nicht, denn durch die Beweiserhebung wurden wieder die ihm belastenden Tatsachen festgestellt. Der Staatsanwalt beantragte, indem er seiner Verantwortung darüber Ausdruck gab, daß das Obersteiner Amtsgericht angesichts der auch dort bekannten Dinge zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen sei, für den vollendeten Betrug ei Tag e Gefangen ist und für den versuchten Betrug ei Tag e. Das Gericht kam zur Aufhebung des Freispruchs von Oberstein und verurteilte den Angeklagten gemäß dem Urteil. Es zog die Strafe jedoch auf ei Tag e zusammen. Begründend wurde angeführt, daß erwiesen sei, daß der Angeklagte das Bevorrechtete seiner verantwortlichen Handlung, die Kosten der Organisation zu missbrauchen, gehabt habe. Es sei übrigens eine recht unschöne und verantwortliche Handlung des Angeklagten, daß er Unterstützung ersucht, obwohl er wußte, daß er keinen Anspruch darauf hatte und dadurch die Verbandskasse schädigte. — Der Verurteilte kann sich noch freuen, daß er so glimpflich davongekommen ist.

Spezialkursus für Blitzaufleiterprüfer und -seher.

An dem Polytechnischen Institut zu Altenburg (Thüringen) findet vom 13. bis zum 18. April der erste Spezialkursus für Blitzaufleiterprüfer und -seher statt. Programme verhindert die Direktion kostenfrei.

Tischendorfer als „Heizer“.

Herr Tischendorfer hat ohne Zweifel arges Pech. Als die Gewerkschaften vor seiner Übergewerkschaftsrat nichts wissen wollten, tauchte er bei dem Bund der technisch-industriellen Beamten auf. Aber auch dort war seines Bleibens nicht lange, obwohl er es in der Berliner Verwaltungsstelle dieser Organisation bis zu dem Posten eines Bevollmächtigten gebracht hatte. Da brachte er es fertig, in Nummer 25 des 14. Jahrgangs der Raumansichts-Hilfe, die am 21. Juni 1908 erschien, also zu einer Zeit, wo seine Organisation in einen schweren Kampf gegen die bayerischen Metallindustriellen verwickelt war, einen Artikel loszulassen, worin er seiner eigenen Organisation in den Rücken stieß. Ohne Zweifel hat diese Taktik Herrn Tischendorfer in dem Bund der technisch-industriellen Beamten unmöglich gemacht. Er befindet sich nunmehr bei dem Deutschen Techniker-Verband der maschinen- und fachtechnischen Vereine, welcher den Haken gegen das Arbeitgeberamt schützt und allenfalls Unzufriedenheit zu fördern verucht. Nur wo er noch keinen guten Boden gesetzt hat, stellt er sich ein wenig gemäßigter, obwohl ihm das selten gelingt.

Das sind die wichtigsten Züge seines Lebens. Der Herr Tischendorfer ist derzeit der Geschäftsführer des Verbandes bayerischer Metallarbeiter-Vereine vom 3. Juni 1908 (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1908, Nummer 25, Seite 198) abgesetzt worden. Und nun hat der zahme Herr Tischendorfer das Pech, den Deutschen Techniker-Verband in den Gericht eines mäßigen Anwalts verhängen zu lassen. Freilich war es den besonders seinen Rat gegeben. Herr Dr. Legander der zitierte vorbehalt, diese Entscheidung zu tun. Herr Elle ist aber ein Virtuose auf dem Gebiete der Schriftstellerei und steht deswegen bei den Schrift

